

# Deutsche Rundschau

in Polen

**Bezugspreis:** In den Ausgabezeiten und Filialen monatl. 4.50 zł, mit Zustellgeld 4.80 zł. Bei Postbezug monatl. 4.89 zł, vierteljährlich 14.66 zł. Unter Streifenband in Polen monatl. 8 zł. Danzig 3 G. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

früher Ostdeutsche Rundschau  
Bromberger Tageblatt

**Anzeigenpreis:** Die einseitige Millimeterzeile 15 gr, die Millimeterzeile im Retikellenteil 125 gr, Danzig 10 bzw. 80 Ds. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abstellung von Anzeigen schriftlich erbitten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Ercheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Postkonten: Polen 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 284

Bromberg, Dienstag, den 12. Dezember 1933

57. Jahrg.

## Paul-Boncour als Anwalt der Gleichheit der Nationen.

Der Außenminister Frankreichs, jenes Frankreichs, das sich heftig dagegen sträubt, die deutsche Gleichberechtigung anzuerkennen, hat in einer Rede vor den Vertretern der Presse folgenden Satz gesprochen: „Eine Reform des Völkerbundes? Ich für meinen Teil finde, daß diese Institution auf das Glückste den Grundsatz der Gleichheit zwischen allen Nationen, der für mich unantastbar ist, weil er unserer nationalen Tradition entspricht, mit der tatsächlichen Lage in Einklang bringt.“

Und in demselben Augenblick, in dem Paul-Boncour dieses Bekenntnis zur Gleichheit aller Nationen ablegt, läßt er in London sondieren, wie weit die britische Regierung die von Baldwin im Unterhaus offen gebilligte deutsche Rüstungsgleichheit praktisch für durchführbar hält. Jene Rede Baldwins ist in Frankreich seinerzeit sehr übel vermerkt worden, und man hat sie als im Widerspruch zu der von Sir John Simon in Paris gebilligten französisch-englischen Abrüstungspolitik stehend bezeichnet. Frankreichs ganzes Bemühen war ja darauf gerichtet, eine Konvention zustande zu bringen, die Deutschland von der Gleichheit der Rüstungen auch weiterhin ausschloß, wie der Versailler Vertrag, in den der Völkerbundpaß hineingearbeitet ist, es vierzehn Jahre lang von dieser Gleichheit ausgeschlossen hat. Dieser Völkerbundpaß aber verwirklicht nach Paul-Boncour „den Grundsatz der Gleichheit zwischen allen Nationen“. Merkwürdig, daß der französische Minister, der wie alle Franzosen die Fähigkeit zu logischem Denken als eine seiner bevorzugten Nation in die Wiege gelegte Gabe des Himmels ansieht, den grotesken Widerspruch nicht bemerkt, der zwischen seinen Worten und seinen politischen Taten fließt.

Paul-Boncour wendet sich scharf gegen den Gedanken einer durchgreifenden Reform der Völkerbundesverfassung, wie sie vom Großen Faszistischen Rat verlangt worden ist, und ihn schreckt offenbar auch nicht die in jenem Beschluß versteckt enthaltene Drohung, daß Italien einem Völkerbunde, der diese Reform an sich selbst nicht binnen kürzester Zeit vornehmen würde, nicht länger angehören könnte. „Wir denken nicht daran, den Völkerbund direkt oder indirekt auch nur im geringsten antasten zu lassen. Er ist und bleibt die Grundlage unserer Politik, ob man will oder nicht.“ So erklärt Paul-Boncour.

## Haushung erneut in Warschau.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, 10. Dezember. Der Präsident des Senats Dr. Haushung ist gestern vom Urlaub zurückgekehrt und hat sich am Abend nach Vereinbarung mit den in Frage kommenden Persönlichkeiten nach Warschau begeben, um dort verschiedene Danzig-polnische Angelegenheiten zu besprechen. Der Besuch stellt eine Fortsetzung der bei der Übernahme der Regierung durch den jetzigen Senat im Einvernehmen mit der Polnischen Regierung angeknüpften politischen Beziehungen dar.

Diese Politik, deren Grundlage der den Grundsatz der Gleichheit zwischen allen Nationen verwirklichende Völkerbund bleiben soll, ist auf die Verewigung der Ungleichheit gerichtet. Und wenn Frankreich eine Reform des Völkerbundes im Mussolinischen Sinne brüskt und schroff ablehnt, wenn es seinen ganzen Einfluß auf England aufbietet, um die dort herrschende reformfreundliche Stimmung nicht aufkommen zu lassen, wenn es die an sich schon gegen den Mussolinischen Reformplan aufgebrachte kleine Entente in ihrem Widerstand kräftig unterstützt, dann aus keinem anderen Grunde als dem, daß die Politik der Verewigung der Ungleichheit der Nationen vielleicht erschwert oder unmöglich gemacht werden könnte, wenn die jetzige angebliche „Demokratie“ der Völkerbundesverfassung abgelöst werden würde durch ein internationales Regime, das an die Stelle eigensüchtiger Interessenerwahrung ein Regime der Verantwortlichkeit führender Mächte setzen würde. Solange das jetzige Völkerbundsstatut noch besteht, das in allen Fragen die Einstimmigkeit der Völkerbundsmitglieder vorschreibt, wird es Frankreich immer möglich sein, jede ihm unerwünschte Entscheidung zu verhindern und sich dabei noch dadurch zu maßhalten, daß es die Schar seiner kleinen Trabantenstaaten mobilisiert und vorschickt.

In der Erklärung Paul-Boncours dokumentiert sich die Rückkehr der französischen Politik zur alten Linie, die man in Paris nach einigen Schwankungen wieder aufgenommen hat. Es schien so, als sei man geneigt, den Weg der direkten Verhandlungen mit Deutschland zu beschreiten, und sowohl in der französischen Kammer wie in der Öffentlichkeit fehlte es nicht an Stimmen, die sich zu dieser Methode bekannten. Frankreich konzentriert sich jetzt wieder auf Genf, und man wird nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß dieses Zurückweichen auf den Einfluß zurückzuführen ist, den Herrriot auf die französische Außenpolitik genommen hat. Er lehnt das Gespräch mit Deutschland ab und will, wenn es notwendig sein sollte, lieber Hilfe in direk-

ten Unterhandlungen mit Moskau suchen. Er vor allem ist der Vertreter des Gedankens, daß am Völkerbund, als dem stärksten Bollwerk der internationalen Politik Frankreichs, festgehalten werden müsse.

Obendrein zeigen die Vorgänge in der französischen Kammer, in der die heikle Klippe der Finanzreform noch nicht umschiffen ist, daß man schon um der innenpolitischen Labilität der Regierung Chautemps willen in der Außenpolitik jeden neuen Kurs vermeiden möchte, der mindestens auf der rechten des Hauses zum Anlaß von Angriffen auf das Kabinett genommen werden könnte. Die Regierung, die auf so schwachen Füßen steht, kann sich die revolutionäre befreiende Tat einer neuen Methode in der europäischen Politik nicht leisten. Deshalb hat auch Paul-Boncour Ver-

anlassung genommen, die Bündnispolitik Frankreichs, die praktisch ja den von ihm so gepriesenen Gedanken der Völkerbunddemokratie aufhebt und unwirksam macht oder mindestens eben auf die gleiche gefährliche Bahn führt, auf der die parlamentarische Demokratie gescheitert ist, als im Rahmen des Völkerbundes liegend und mit ihm fest verbunden zu bezeichnen. Frankreich fühlt, daß, wenn man wirklich im Mussolinischen Sinne an eine Neuordnung Europas herangehen würde, dann mit dem Völkerbunde sein ganzes politisches System zusammenbricht.

Und deshalb — sagt Paul-Boncour — denkt Frankreich nicht daran, den Völkerbund direkt oder indirekt auch nur im geringsten antasten zu lassen.

## Abwartende Haltung in London.

Tyrrell noch nicht nach Paris zurückgekehrt.

Paris, 11. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Der englische Botschafter in Paris Lord Tyrrell ist wider Erwarten noch nicht auf seinen Posten zurückgekehrt, sondern hat seine Rückkehr ein zweites Mal verschoben. Man hat in hiesigen politischen Kreisen auch den Eindruck, als ob Lord Tyrrell keine endgültige Stellungnahme seiner Regierung zur Frage der Abrüstung und der Neuorganisation des Völkerbundes mitbringen wird. Die Englische Regierung zieht es anhebend vor, vorläufig eine abwartende Haltung einzunehmen.

Der Londoner Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ erklärt dazu, daß man leider den Eindruck habe,

als ob England den deutschen Forderungen mehr Gehör schenke als den französischen Einwänden.

Das „Journal“ dementiert die Gerüchte von einer Unterredung zwischen dem französischen Botschafter in Berlin und Reichsaussenminister von Neurath. Wenn François Poncet dem Führer einen neuen Besuch abstattet, so werde es auf keinen Fall vor Ende der Woche sein, weil der Führer augenblicklich von Berlin abwesend sei, und die Französische Regierung auf der anderen Seite den Besuch des tschechoslowakischen Außenministers Beneš abwarten wolle, ehe sie dem Berliner Botschafter neue Anweisungen erteile.

## Rüstungsgleichberechtigung ist der Kernpunkt der deutschen Außenpolitik.

London, 11. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Zur Verschiebung der Rückreise Lord Tyrrells nach Paris bemerkt „Daily Mail“ u. a., es sei klar, daß die Schwierigkeiten, die sich aus der gegenwärtigen Lage ergeben, noch nicht gelöst seien. Die englische Politik scheine im Augenblick unsicher zu sein und offensichtlich sei man sich bisher nur darüber einig geworden,

daß England alles tun müsse, um Frankreich und Deutschland zur Erörterung der Abrüstungsfrage zusammen zu bringen.

Englische Minister glaubten, wenn diese beiden Mächte eine Grundlage für ein Abkommen erzielen würden, Italien, Amerika und England sich einer Konferenz anschließen könnten in der Hoffnung, dann eine Abrüstungsvereinbarung nach dem Grundsatz des englischen Entwurfs zu erreichen. Im Augenblick habe England keine Neigung, irgend welche besonderen Versicherungen abzugeben, die Frankreich beruhigen würden.

Der Berliner Korrespondent desselben Blattes weist darauf hin, wie sehr man in Deutschland die Verdächtigungen unmittelbarer deutsch-französischer Verhandlungen bedauere und bemerke hierzu u. a.: Die Rüstungsgleichberechtigung Deutschlands sei der Kernpunkt der auswärtigen Politik Hitlers und müsse es bleiben. Es würde für die nationalsozialistische Regierung unmöglich sein, sich von dieser Haltung zu entfernen, ganz gleich, wie langsam auch der Fortschritt und wie dunkel auch die Wolken der Verdächtigungen sein mögen. So bedeutungsvoll ein diplomatischer Sieg für

Herrn Hitler sein würde, so könne er es sich doch leisten, zu warten. In der Zeit, wo Deutschland allein steht, schreite die ungeheure innere Umbildung fort.

Keine einzige Regierungsstelle bleibe hiervon unberührt. Eine jede Familie verpüre die großen Wiederaufbau-Bewegungen Adolf Hitlers und seiner ihm nahestehenden Berater. Der nationale Wunsch nach Ergebnissen unter der neuen Regierung werde voll befriedigt.

## Eine Rundreise Paul-Boncours.

Paris, 11. Dezember.

Die weitere Entwicklung der diplomatischen Besprechungen ist französischerseits so gedacht, daß die Englische Regierung sich zunächst einmal darüber zu äußern hätte, wie weit sie einer Aufrüstung Deutschlands zustimme und welche Garantien sie gegebenenfalls übernehmen würde, wenn Frankreich sich mit dieser Aufrüstung einverstanden erklären sollte. Nachdem Paul-Boncour sodann durch seinen persönlichen Besuch oder auf dem Wege über die diplomatischen Vertretungen die Auffassung der befreundeten Staaten eingeholt hat, wird der französische Botschafter in Berlin erneut den Führer aufsuchen, um den Rahmen der Besprechungen zu erweitern. Vorläufig vermeidet man es in Parteilichen Kreisen, noch in irgend einer Form zu den Erfolgsaussichten derartiger Verhandlungen Stellung zu nehmen, sondern betont immer wieder, daß sie zum größten Teil von der Haltung Englands abhängen.

Es scheint sich ferner zu bestätigen, daß der französische Außenminister Paul-Boncour beabsichtigt, demnächst eine Rundreise durch die Hauptstädte der südosteuropäischen Staaten und Polen zu unternehmen, und daß er diese Reise möglicherweise sogar mit einem Besuch in Moskau verbindet.

## Italiens Entweder-Oder.

Die Erklärungen Paul-Boncours, der die Forderungen Mussolinis glatt ablehnt, werden, um die diplomatische Lage zwischen Rom und Paris nicht noch zu verschärfen, in der italienischen Presse ohne jeden Kommentar wiedergegeben.

Man hatte die Opposition Frankreichs und seiner Trabanten erwartet, aber man hofft mit Hilfe der anderen Mächte ans Ziel zu kommen und vergehnet mit Befriedigung die Zustimmung, die Mussolinis Vorschlag in aller Welt gefunden hat. Scheitert die Reform Mussolinis, so ist man, wie eine Zeitung schreibt, fest entschlossen,

„es Frankreich und England zu überlassen, in Genf mit Abessinien und Guatemala über das Schicksal Europas zu verhandeln.“

Unterdessen gehen die heftigen Angriffe gegen den Völkerbund weiter. Die „Gazzetta del Popolo“ nennt ihn das „abertündete Grab des verlogenen liberalen Pazifismus“, während sie Rom als die Hauptstadt des „Militarismus des Friedens“ bezeichnet.

## 13 Länder im neuen Reich.

Berlin, 11. Dezember. Der Regierungspräsident von Magdeburg Dr. Nicolai ist kürzlich in das Reichsinnenministerium berufen worden, und zwar, wie man annimmt, zur Bearbeitung der Reichsreform, da er als besonderer Kenner dieser Frage gilt. In einer vor kurzem herausgegebenen Schrift veröffentlicht Dr. Nicolai seine persönlichen Anschauungen über die Neugestaltung des Reiches, und es ist anzunehmen, daß die endgültige Fassung der Reichsreform sich im Wesentlichen nach den hier veröffentlichten Gedanken Dr. Nicolais richten wird. Dr. Nicolai schlägt vor, das Reich etwa nach dem Stammesgliederungen in 13 Gane oder Länder aufzuteilen. Einer dieser Gane bzw. eines dieser Länder würde als „Land Schlesien“ aus den Provinzen Ober- und Niederschlesien und dem südlichen Teile der Grenzmark Posen-Westpreußen bestehen.

Obwohl über den Inhalt der in der bevorstehenden Reichstagsitzung zu erwartenden Regierungserklärung noch nichts bekannt ist, gilt es in politischen Kreisen als nicht unwahrscheinlich, daß darin auch die Reichsreform behandelt werden wird. Diese Vermutung gründet sich darauf, daß die Einhebung der Reichstattsalter vor einem halben Jahr, durch die der Dualismus zwischen dem Reich und den Ländern gesehlich beseitigt wurde, nur eine Übergangsmaßnahme darstellt die die Schaffung der Reichseinheit im nationalsozialistischen Sinne einleiten soll. Die Vermutung stützt sich weiter auf die Tatsache, daß der Regierungspräsident von Magdeburg, Dr. Nicolai, der als besonders kenntnisreicher Sachverständiger auf diesem Gebiet bekannt ist, unlängst in das Innenministerium berufen wurde, und zwar, wie es heißt, zur Bearbeitung der einschlägigen Fragen. Dr. Nicolai hat vor kurzem eine neue Schrift veröffentlicht:

„Der Staat im nationalsozialistischen Weltbild.“



die allerdings nur seine persönliche Anschauungen wiedergibt, aber gerade wegen seiner gegenwärtigen Tätigkeit allgemeines Interesse beansprucht. Der „Angriff“ gibt aus der Schrift eine Neuerteilung des Reiches wieder. Dr. Nicolai schlägt vor, das Reich in 13 Länder oder Gaue einzuteilen, die möglichst

nach Stammesstüben des Volkes, nach geschichtlichen Überlieferungen, daneben natürlich auch nach den Erfordernissen der Verwaltungstechnik abgegrenzt sein sollen,

und zwar  
Preußen, bestehend aus der Provinz Ostpreußen.  
Pommern, bestehend aus der Provinz Pommern, dem nördlichen Teil der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen sowie dem Lande Mecklenburg,

Brandenburg, bestehend aus der Provinz Brandenburg, der Stadt Berlin, der Uckermark (Regierungsbezirk Magdeburg), dem Lande Anhalt, dem braunschweigischen Amt Calvörde und dem Kreise Blankenburg sowie dem mittleren Teil der Grenzmark Posen-Westpreußen,

Sachsen-Anhalt, bestehend aus den Ländern Sachsen und Thüringen, dem Regierungsbezirk Merseburg, Erfurt sowie den Kreisen Schmalkalden und Schleusingen, Schlesien, bestehend aus den Provinzen Niederschlesien und Oberschlesien sowie dem südlichsten Teil der Grenzmark Posen-Westpreußen,

Niedersachsen, bestehend aus den Provinzen Schleswig-Holstein und Hannover mit Ausnahme des Regierungsbezirks Osnabrück, ferner dem nördlichsten Teil von Oldenburg, den Freien Reichsstädten Hamburg, Lübeck und Bremen, den Ländern Braunschweig (außer Blankenburg und Calvörde) und Schaumburg-Lippe,

Westfalen, bestehend aus der Provinz Westfalen, dem Regierungsbezirk Osnabrück, dem Kreis Minteln und dem Lande Lippe-Deimold,

Rheinland, bestehend aus dem nördlichen Teile der Rheinprovinz,

Rheinfranken, bestehend aus der südlichen Rheinprovinz, Birkenfeld, dem südlichen Hessen, der Pfalz, Nordbaden, Nordwürttemberg,

Hessen, bestehend aus der Provinz Hessen-Nassau ohne die Kreise Schmalkalden und Minteln, dem Wiesener Oberhessen, dem Kreise Wehlar,

Mainfranken, bestehend aus den bayerischen Kreisen Oberfranken, Mittelfranken und Unterfranken,

Schwaben, bestehend aus den Ländern Württemberg und Baden, soweit diese nicht zu Rheinfranken kommen, dem bayerischen Kreis Schwaben und dem preussischen Hohenzollern,

Bayern, bestehend aus Oberbayern, Niederbayern und Oberpfalz.

Es handelt sich, wie an zuständiger Stelle betont wird, um persönliche Anschauungen Dr. Nicolais. Der „Angriff“ glaubt aber der Meinung Ausdruck geben zu können, daß diese Vorschläge im großen ganzen einen ziemlich lebendigen Eindruck vom Verenden übermitteln, obwohl sie bei der praktischen Durchführung noch einige Änderungen erfahren würden.

Ein Gerücht, wonach die endgültige Reichsreform am 18. Januar verkündet werden solle, ist, wie die „Deutsche Morgenpost“ aus sicherer Quelle erfährt, Vermutung. Ob die Vorbereitungen des für lange Jahrzehnte oder sogar Jahrhunderte bestimmten Werkes bis dahin beendet werden, dürfte zumindest zweifelhaft sein.

## Nur noch 3,7 Millionen Arbeitslose.

Die Zahl der bei den Arbeitsämtern eingetragenen Arbeitslosen ist — wie die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung berichtet — in der zweiten Novemberhälfte um fast 62 000 zurückgegangen. Sie beträgt am 30. November 3 714 000. Unter Berücksichtigung der Zunahme in der ersten Monatshälfte ist im Laufe des ganzen November der Arbeitsmarkt um fast 31 000 Arbeitslose entlastet worden. Einer Zunahme der Arbeitslosenzahl in den Außenberufen um rund 27 000 steht eine Abnahme in den übrigen Berufsgruppen um rund 58 000 gegenüber.

## Weihnachtsgabe an die Konzentrationslager.

Berlin, 11. Dezember. Der Preussische Ministerpräsident hat in seiner Eigenschaft als Chef der Geheimen Staatspolizei an die Inspektoren der Geheimen Staatspolizei ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

„Im Hinblick auf das günstige Ergebnis der Reichstagswahl, insbesondere in den Konzentrationslagern und aus Anlaß des Weihnachtsfestes habe ich die Absicht, Entlassungen aus den Konzentrationslagern vorzunehmen. Ich halte auch bei der Verhängung der innerpolitischen Lage und im Hinblick auf die abgeschlossene Stabilisierung des nationalsozialistischen Regimes für tragbar, auf diese Weise bis Weihnachten noch rund 5 000 Gefangene zur Entlassung zu bringen.“

Wie das Geheimen Staatspolizeiamt hierzu mitteilt, betrachtet der Preussische Ministerpräsident diese Entlassungsaktion als einen Versuch, den er zu wiederholen gedenkt, falls die Entlassenen nicht rückfällig werden. Vor allem sollen Väter von mehreren Kindern entlassen werden, falls nicht schwerwiegende Gründe dagegen bestehen.

Die Bayerische Politische Polizei teilt mit: „Aus Anlaß des überwältigenden Sieges des Nationalsozialismus am 12. November 1933 und des herannahenden Weihnachtsfestes hat der politische Polizeikommandeur Bayerns die Entlassung von über 500 Schutzhaftgefangenen in ganz Bayern verfügt. Grundsätzlich werden nur solche Schutzhaftgefangene entlassen, die sich bisher einwandfrei geführt haben und von denen auch zu erwarten ist, daß sie sich wieder als nützliche Mitglieder der Volksgemeinschaft erweisen werden.“

## Die Zahl der jüdischen Flüchtlinge.

Nach englischen Berechnungen haben das Reichsgebiet freiwillig bzw. zwangsweise 60 000 Personen verlassen, darunter 51 000 Juden. Mehr als 18 000 Personen sind fremde Staatsangehörige. In Frankreich befinden sich 25 000 Flüchtlinge. Nach Palästina sind 4500, nach Polen 6000, nach der Tschechoslowakei und Holland je 5000, nach England 3000 und nach Belgien und der Schweiz je 2500, nach den skandinavischen Staaten 1500, nach Österreich 800, in das Saargebiet und nach Luxemburg je 500 und in andere Staaten 1000 Personen geflüchtet.

## Enthüllungen über neue Umstrukturpläne im Reich.

Die „Saarbrücker Zeitung“ veröffentlicht jetzt Einzelheiten über eine Ausdehnung der ersten Internationalen Sozialisten-Konferenz, die bereits im August in Paris unter Teilnahme von Wels, Breitscheid und Hoeltermann stattgefunden hat, den früheren Führern der deutschen Sozialdemokratie, die während der nationalen Revolution aus Deutschland geflüchtet sind.

Das Referat auf der Pariser Konferenz erstattete Wels. Er führte u. a. aus, die sozialdemokratische Organisation in Deutschland sei im Aufbau begriffen. Die leitenden Funktionäre seien alle mit neutralen Pässen versehen. Wenn auch einige tausend Blätter abgefangen würden, so stände doch fest, daß wöchentlich der „Vorwärts“ in einer Auflage von einer Million im Kleinformat nach Deutschland geschickt wird. Allen Berichten zufolge würden die SPD-Schriften begeistert empfangen und weitergegeben.

Wels prophezeite dann noch für den Winter eine große Erneuerung und Umwälzung in Deutschland. Wesentlich sei, daß man der Deutschen Regierung außenpolitisch sowie Schwierigkeiten wie möglich mache.

Als nächster Redner betonte Breitscheid, daß der Boykott deutscher Waren viel schärfer durchgeführt werden müsse. Es müsse zu einer Transport-Sperre kommen. Hoeltermann meinte, nach der Diktatur Hitlers könne nur die Diktatur der Arbeiterklasse folgen. Um aber die Diktatur vorzubereiten, müsse jetzt in Deutschland gearbeitet werden. Es müßten militärische Formationen gebildet werden, die im Falle des Zusammenbruchs sofort die Macht an sich reißen. Der Anfang dazu sei gemacht, Formationen seien im ganzen Reich in fünf Gruppen ohne Unterschied der ehemaligen Parteizugehörigkeit unter Führern, die früher nicht hervorgetreten sind, neugebildet. Die SPD müsse auch in der Lage sein, im Ernstfall nicht nur deutsche Formationen über die Grenze zu werfen, sondern auch bewaffnete Gruppen der Arbeiterschaft der Grenzländer.

Es wurden Beschlüsse gefaßt über den Boykott deutscher Erzeugnisse, Vorbereitung einer Transport-Sperre und propagandistische Ausnutzung des Reichstagsbrand-Prozesses.

Die Internationale, so wurde beschlossen, müsse eine Sammlung einleiten. Dieses Geld werde nur für den Kampf gegen den Faschismus in Deutschland verwendet. Die Fraktionen in den verschiedenen Ländern sollten in ihren Parlamenten dafür sorgen, daß Deutschland abgerüstet bleibt. Mit allen antifaschistischen Gruppen sollten die Verhandlungen fortgesetzt werden, um den gemeinsamen Kampf gegen Deutschland vorzubereiten und durchzuführen. Allen beteiligten Organisationen werde ein Photo von jedem erkannten Spitzel zugesandt werden.

Schließlich müsse man sich der ausländischen Miesfänger, die bis weit in Deutschland hinein auch mit dem Volksempfänger gehört werden, bedienen. Es habe sich in Brüssel ein Ausschuß gebildet, der Verhandlungen mit den in Frage kommenden Regierungen und Rundfunk-Gesellschaften eingeleitet habe. In Frage kämen vor allem die Sender der Rarag-Esterreich, die schweizerischen Landes-Sender, die Sender-Stellen in Prag, Silversum, Luxemburg und Straßburg. Abgelehnt hätten allerdings bereits Belgien und Moskau, daß nur kommunistische Propaganda mache. Frankreich, England und die Schweiz lehnten es ab, offizielle Verhandlungen zu führen.

Wie haltlos die marxistischen Theorien auch in diesem Falle waren, zeigt sich darin, daß von den sozialdemokratischen Prophezeiungen nichts eingetroffen ist; die große Volksabstimmung hat gerade das Gegenteil bewiesen.

## Der Ueberfall auf Polen in Lamenstein.

Am 11. Oktober d. Js. wurden in Lamenstein, im Gebiet der Freistadt Danzig einige Mitglieder der polnischen Bevölkerung von einer aus acht Mann bestehenden nationalsozialistischen Kampfsgruppe überfallen, wobei in deren Wohnungen auch verschiedenes Mobiliar zerstört wurde. Diese Deutschen hatten sich nun vor dem Danziger Gericht zu verantworten. Sie rechtfertigten ihre Tat damit, daß sie von drei unbekannten Personen überfallen worden seien, die sie dann in den polnischen Häusern gesucht hätten. Das Gericht verurteilte den Haupttäter zu zwei Jahren Gefängnis und zu drei Wochen Haft, die sieben restlichen Angeklagten zu Gefängnis- und Haftstrafen von vier bis zu acht Monaten. Die Untersuchungshaft ist keinem der Angeklagten angedreht worden. Sämtliche Angeklagten bleiben in Haft. Fünf von ihnen haben die Strafe angenommen und auf die Berufung verzichtet.

Der Prozeß wurde, wie der „Kurier Porzany“ hervorhebt, sehr gründlich durchgeführt, die Verhandlung dauerte 12 Stunden.

## Vom Wandel der Zeit seit 1919.

Vor dem Warschauer Besuch Paul-Boncour's.  
(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Im Zentrum der außenpolitischen Sorgen Polens befindet sich die von Mussolini angehauchte und mit unermüdlicher Energie betriebene, von England scheinbar mit kalter Miene beobachtete, in Wirklichkeit aber geförderte und schließlich von Frankreich noch immer mit konventionellem Pathos, doch mit sichtlich nachlassender Kraft und ohne Überzeugung abgelehnte Aktion zum Umbau des Völkerbundes. Polen sieht — und zwar richtig — voraus, daß diese Aktion früher oder später zu einem Kompromiß zwischen den zwei extremen Standpunkten, die einerseits Italien, andererseits Frankreich einnimmt, führen muß, wenn die Weiterentwicklung der europäischen Staatensverhältnisse aus den vernunftgemäß zu kontrollierenden Bahnen nicht durch ein wildes Spiel unberechenbarer Eruptionen geworfen und zerstört werden soll. Diese Aktion muß — man kann um diese Feststellung absolut nicht herumkommen — zu einer neuen Hierarchisierung des Völkerbundes, von bestim mter Art, oder richtiger: zu einem solchen Umbau der Hierarchie des Völkerbundes führen, welcher den Gegebenheiten des Jahres 1933 Rechnung tragen würde. Wer in Polen politisch zu denken mag, für wen die ganze internationale Politik sich nicht in den Worten der amtlichen Communiqués erschöpft, dem erscheint es heute in aller Klarheit, daß „das Gebäude der politischen Zustände, das auf den Friedensverträgen aus dem Jahre 1919 gegründet

ist, zusammenstürzt“ und daß: „wer dies nicht sieht, sich selbst und andere belügt“. (Aus dem Zeitartikel des Hg. Stretecki im „ABC“ vom 9. 12. 1933.)

Das Wesen aller Schwierigkeiten und Sorgen, die mit dieser Erkenntnis im polnischen politischen Denken zusammenhängen, besteht also im abgrundtiefen Unterschied, den die Entwicklung zwischen den Jahren 1919 und 1933 geschaffen hatte. Wenn die polnische Außenpolitik nicht ganz unfruchtbar und nicht allen Gefahren einer solchen Unfruchtbarkeit ausgeliefert sein soll, muß sie diesen Unterschied in ihre Berechnungen als Hauptposition einstellen.

Sie tut es auch und wird es in steigendem Maße tun. Es ist daher interessant zu beobachten, wie sich die außenpolitische Dialektik der offiziellen Instruktionen der öffentlichen Meinung der Aufgabe entledigt, sich, wenn es schon sein muß, auf den Boden dieses Unterschiedes — zwischen 1919 und 1933 — zu stellen, und zugleich die aus diesem Unterschied fließenden Konsequenzen durch geheimnisvolle Spekulationen zu verdecken.

Der außenpolitische Leiter der „Gazeta Polska“ gibt bereits zu, daß im Völkerbunde bisher eigentlich immer die „Ungleichheit“ geherrscht hat: sei es zugunsten Großbritanniens, sei es Frankreichs, „besseren Diplomaten einen französischen Block gegen einige andere ständige Ratsmitglieder zu schaffen und ihn längere Zeit aufrecht zu erhalten vermocht hatte“. Bisher habe also im Völkerbunde durchaus eine Hierarchie bestanden — stellt das polnische Regierungsorgan ganz richtig fest. Was das Blatt aber daraus folgert, ist schon viel weniger richtig, wenn nicht ganz problematisch. Es sagt nämlich, daß diese Hierarchie, welche (nebenbei gesagt, Polen außerordentliche Vorteile sicherte) die Völkerbundskrise erzeugt, sich also nicht bewährt habe, nicht durch eine andere Hierarchie ersetzt werden könne, sondern daß die „Hierarchie“ als Grundlag überhaupt aus dem Völkerbunde auszumerzen sei, weil sie im Völkerleben keinen Inhalt habe. Aber während das Blatt ein „Prinzip der Hierarchie“ ablehnt, verhält es sich ja — sagend zu den Tatsachen der bestehenden Ungleichheit unter den Völkern. „Diese Tatsachen der Ungleichheit“ hätten sich seit 1919 wohl verschoben, doch in dem Sinne, daß „die Ungleichheit“ unter den Völkern seit 1919 eine Verminderung erfahren habe.

Dieser Schluß klingt ganz rätselhaft, wenn man an die Stelle des allgemeinen „X“ nicht konkrete Völker setzt, unter denen die Ungleichheit sich vermindert habe, weshalb die Hierarchie von 1919 nicht mehr real sei. Die „Gazeta Polska“ nennt die Völker, die sie meint, nicht mit Namen. Meint sie die Ungleichheit zwischen Polen und Litauen, die sich seit 1919 vermindert habe? Meint sie die Ungleichheit zwischen Frankreich und Deutschland, die sich seit 1919 gewaltig zugunsten des letzteren verschoben habe, so daß die theoretische Aufrechterhaltung der ehemaligen Hierarchie als ein phantastisches Unternehmen erscheine? Und wie ist es mit der Ungleichheit einerseits zwischen Völkern, die ein volles Staatsleben führen und andererseits den Völkern, die staatenlos vegetieren müssen? Hat sich der Unterschied z. B. zwischen Polen und Ukrainern seit 1919 nicht vielmehr gesteigert?

In Wirklichkeit haben seit 1919 wohl manche Kräfteungleichungen zwischen einigen Völkern plattgegriffen, aber um so mehr neue Unterschiede und Ungleichheiten sind zwischen anderen Völkern in die Erscheinung getreten, und diese neuen Verhältnisse erfordern eine Neuordnung, wenn tragische Konflikte vermieden werden sollen. Polen beansprucht einen guten Platz in der neu zu schaffenden Hierarchie. Es will in einen höheren Rang befördert werden und „tut seinen Anspruch auf diese Beförderung durch die Errungenschaften, die es seit 1919 gemacht hatte. Dieser Anspruch, der wohl an die Adresse Frankreichs gerichtet ist, dessen Außenminister in diesen Tagen in Warschau erwartet wird, ist durchaus begreiflich. Eigentümlich berührt nur der gewundene Weg, auf dem man eine Rang-erhöhung erstrebt und zugleich die Hierarchie als solche verurteilt, aber auch der andere ähnliche Weg der Argumentierung, auf welchem man die Veränderungen seit 1919 wohl zugibt, doch die Konsequenzen dieser Veränderungen nur für sich in Anspruch nehmen will, anderen dagegen das Recht abspricht, die Vorteile des Wandels der Zeit wahrzunehmen.

Wie immer die Wege der Dialektik, die die halböffentliche polnische Publizistik einschlägt, beschaffen sein mögen, immerhin ist die Tatsache zu begrüßen, daß Polen nicht mehr auf 1919 zurückzublicken, sondern die Wirklichkeit von 1933 zur Grundlage seiner Außenpolitik machen will. Und wenn Herr Bed. seinen französischen Kollegen diesbezüglich orientiert haben wird, so wird für die internationale Politik Europas zunächst vielleicht Einiges gewonnen sein.

## Menterei auf Strahlingschiff Belämpfung durch Dampfstrahlen — 40 Tote.

Paris, 11. Dezember. Die halbamtliche französische Nachrichtenagentur Havas verbreitet eine Menterei-Meldung aus Algier, wonach an Bord des sogenannten „schwimmenden Zuchthauses“ „La Martinique“, auf dem sich über 300, nach einer anderen Meldung sogar 670 Schwerverbrecher befinden, die nach der französischen Verbrechertolonie Cayenne befördert werden sollen, eine Menterei ausgebrochen sei, als das Schiff kurz vor der Einfahrt in den Hafen von Algier stand, wo weitere Strahlingschiffe am Bord genommen werden sollten. Bei der Niederschlagung dieser Menterei seien 40 Schwerverbrecher getötet und zahlreiche verwundet worden.

Das „Petit Journal“ veröffentlicht eine ergänzende Meldung aus Algier, in der gesagt wird, daß der Aufstand auf der Reise von St. Martin de Ré nach Algier ausgebrochen sei. Die Lage der Wachmannschaften an Bord des Schiffes sei einen Augenblick recht kritisch gewesen. Man habe zur Niederwerfung des Aufstandes nicht nur von der Schusswaffe Gebrauch machen müssen, sondern auch die besonderen Einrichtungen in Tätigkeit gesetzt, die sich an Bord des Schiffes für derartige Fälle befinden und die in der Ausstrahlung von heißem Wasserdampf bestehen. Der Kampf zwischen den Mentereien und der Besatzung habe mehrere Stunden gedauert. Die genaue Anzahl der Toten und Verletzten sei noch nicht bekannt. Die „La Martinique“ sei am Donnerstag morgen in den Hafen von Algier eingelaufen und habe dort einen neuen Schub von Schwerverbrechern übernommen.

## Wasserstandsrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 11. Dezember 1933.  
Krakau — 2,74, Jawiszów — 1,72, Warschau — 1,21, Błoc — 1,36, Thorn — 0,67, Forbon — 1,06, Culm — 0,08, Graudenz — 0,19, Rurzebrat — 0,20, Biedel — 0,70, Dirschau — 1,22, Einlage — 2,00, Schiwenhorst — 2,26.



## Deutschsprachige Filme in Polen zugelassen.

Dem Bund der Filmindustriellen in Wien ist es gelungen, mit Unterstützung des Gesandten Hoffinger, des Präsidenten der österreichisch-polnischen Handelskammer, Edwardowski, und der Zweigstelle der Fremdenverkehrs-Kommission in Warschau eine Ausnahmebehandlung der österreichischen Filme in Polen herbeizuführen, auch wenn sie deutschsprachig sind. Der erste Film, der Picaver-Film „Abenteuer am Lido“, hat bereits die Zensur passiert, der Jeriza-Film „Großfürstin Alexandra“, wird in wenigen Tagen folgen. Das Ministerium des Innern in Warschau stellt nur die Bedingung, daß die Filme in auffällender Weise als „österreichisch“ gekennzeichnet werden.

Das Stadtkino in Biala hat die genannten beiden Filme bereits erworben und wird sie in nächster Zeit zur Aufführung bringen.

## Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 11. Dezember.

### Wohlfühlend bewölkt.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wechselnde Bewölkung, nachts mäßigen Frost, tagsüber Temperaturen um null Grad bei mäßigen nordwestlichen Winden an.

### Die Weihnachtsspende

#### der Winterhilfe im Weihnachtsetat.

Gewiß haben alle Hausväter und Hausmütter nun schon ihren bescheidenen Etat für die nahe Weihnachtsbescherung aufgestellt. Neben all den notwendigen Sachen und vielleicht auch den kleinen Überflüssigkeiten, die das Leben hübsch und fröhlich gestalten, darf schon jetzt ja nicht ein bestimmter Satz für die Weihnachtsspende der Winterhilfe vergessen werden. Es ist viel richtiger, man nimmt das jetzt schon in den Kostenvoranschlag für die Weihnachtsbescherung auf, als wenn man sich kurz vor dem Fest mit Bedauern eingestehen muß, daß nichts mehr für die Winterhilfe übrig geblieben ist. Wie kann man aber in diesem Notjahr Weihnachten feiern, wenn man nicht dafür gesorgt hat, daß auch andere Menschen, die genau so gut ein Recht darauf haben, fröhliche Weihnachten feiern dürfen?

Fraulichem Gemüt namentlich wird es sehr entsprechen, sich nicht durch eine bestimmte Geldsumme abzuklösen, sondern mit Unmühe und Liebe selbst Geschenke vorzubereiten, die für liebe Menschen, die in Not sind, bestimmt sein sollen. Jeder weiß solche Menschen, ohne erst lange danach zu suchen, und mit Augen der Liebe wird man auch hier ihre notwendigen Wünsche leicht erraten. Vor allen Dingen wird der Winterhilfe viel daran liegen, in diesem recht strengen Winter das nötige Heizmaterial zu gewinnen, denn der oberste Grundsatz der Winterhilfe heißt ja: Kampf gegen Hunger und Kälte.

### Evangelische Religionslehrerkonferenz

#### im Kirchenkreis Bromberg.

Zu der am 6. Dezember d. J. von dem Superintendenten des Kirchenkreises Bromberg im evangelischen Gemeindehaus in Bromberg einberufenen Religionslehrerkonferenz hatte die Schulbehörde dankenswerter Weise für die Lehrerschaft Urlaub erteilt. So konnte kurz nach 10 Uhr vormittags der Leiter der Konferenz, Superintendent A. B. Mann-Bromberg, eine zahlreich erschienene Teilnehmer-schar begrüßen.

Nach der Eröffnung der Konferenz mit Lied und Gebet sprachen die als Gastredner zur Konferenz geladenen beiden Leiter der theologisch-pädagogischen Arbeitsgemeinschaft zwischen Pastoren und Lehrern: Pfarrer Grentlich-Bronke und Lehrer Kaschik-Posen über das Gesamtthema „Neue Religionspädagogik und Lehrplan“.

Der erste Vortrag von Pfarrer Grentlich behandelte das grundsätzliche Thema „Die veränderte Lage der Religionspädagogik und unser neuer Lehrplan“, wobei von der Pädagogik wie von der Theologie her die neueste Entwicklung evangelischer Religionspädagogik aufgezeigt wurde, die bei voller Anerkennung moderner Unterrichtsmethoden ihren Sinn nicht von der Pädagogik, sondern von der Theologie her bekommt. Da aber befinden wir uns heute wieder mehr denn je auf das reformatorische Erbe unseres Glaubens und auf Luther. Von der Idee der Wirklichkeit des Menschen müssen wir wieder zurückfinden zu der tatsächlichen Wirklichkeit des Menschen, vor die uns die Bibel stellt.

Die Anwendung dieser Gedanken in dem im Entwurf gedruckten vorliegenden Religions-Lehrplan gab Lehrer Erich Kaschik im anschließenden zweiten Vortrage der Konferenz. Der Plan, dessen methodische wie theologische Struktur sorgsam aufgezeigt wurde, ist die Frucht der sechsjährigen Arbeit der Theologisch-pädagogischen Arbeitsgemeinschaft (Vorgängerinnen) und in seinem Einzel-aufbau in einer Lehrplankommission entstanden, der gleichermaßen Pastoren wie Volksschullehrer angehörten. Ohne unaufgebbare Grundzüge der modernsten Unterrichtslehre zu übersehen, ist doch die ganze Struktur des Planes so evangelisch-reformatorisch, daß hier schrittweise dem Kinde seine Wirklichkeit vor Gott aufgedeckt wird.

Die über einzelne Punkte allmählich recht rege ein-lesende Aussprache ergab eindeutig, daß der Plan, obwohl er eine grundlegende Neuarbeit vom evangelischen Religionslehrer fordert, weitgehendste Zustimmung fand. Öffentlich erteilt das Konfessionsministerium dem Plane, dem das Evangelische Konsistorium zugestimmt hat, recht bald seine Genehmigung.

§ Einen Wandkalender für das Jahr 1934 legen wir der heutigen Ausgabe der „Deutschen Rundschau“ bei; er weist, worauf wir besonders aufmerksam machen möchten, neben den polnischen auch die altdeutschen Monatsbezeichnungen auf. Noch ist er ein in Wahrheit unbeschriebenes Blatt, noch ist das Jahr 1934 für uns verhüllt und niemand weiß, was es uns bringen wird. Wir wünschen, daß unsere Leser, wenn sie den Kalender für 1935 erhalten, feststellen mögen, daß das Jahr 1934 doch auch für uns um einiges besser gewesen sei, als das augenblickliche Jahr. Wir wünschen, daß eine Reihe freundlicher Tage in diesem Kalender für das nächste Jahr verzeichnet werde.

§ Apotheken-Nacht- und Sonntagsdienst haben bis zum 18. d. M. früh die Engel-Apotheke, Danzigerstraße 65 und die Apotheke am Theaterplatz.

§ Eine Kanarienvogel-Ausstellung wurde durch den Verein „Canaria“ am vergangenen Sonntag durchgeführt; es wurden etwa 200 Vögel ausgestellt. Die Preisverteilung hatte ein Sachverständiger der Kanarienvogelzucht, Herr Marcinski aus Posen, übernommen. Den ersten Preis erhielt K. Lenkowski, Goldene Medaille und Ehrenpreis, den zweiten Preis S. Urbanowski, große und kleine goldene Medaille, den 3. Preis K. Neumann, große u. kleine goldene Medaille. Die große silberne Medaille erhielten Dr. Kresslan, Leo Tobolewski und Johann Freund. Die kleine silberne Medaille erhielten Fr. Kresslan und Urbanowski. Züchterpreise erhielten außerdem Tobolewski und Gorksi.

§ Als ein zärtlicher Bräutigam erwies sich der hier Anzawierstraße 48 wohnhafte Josef Seidn. Als er am Sonnabend in den Nachmittagsstunden mit seiner Braut, der 26jährigen Aniela Gózdka, in einen Streit geriet, ergriff er plötzlich ein Messer und brachte ihr damit einige gefährliche Verletzungen am Kopf, im Gesicht und an den Händen bei. Die von dem „zärtlichen“ Bräutigam zuge-richtete G. mußte nach dem Städtischen Krankenhaus ge-schafft werden.

§ Vor dem hiesigen Burgergericht hatten sich der 21-jährige Mieczysław Papke, Stefan Rajderet und die 23-jährige Sophie Papke aus Rintsch hiesigen Kreises wegen Diebstahls zu verantworten. P. hatte u. a. mit R. zusammen dem Landwirt Bruno Wielawski einen unerbetenen Besuch abgestattet, wobei sie Wäsche und verschiedene Küchengeräte im Werte von 250 Zloty stahlen. Dem Landwirt Majewski entwendeten sie 150 Kilo Äpfel, 100 Kilo Seradella und 3 Fenstervorhänge im Werte von 150 Zloty. Dem Landwirt Stanisław Niczew in Czarnowken stahlen sie gleichfalls Garderobe und Wäsche. P. bekennt sich nur zu einigen Diebstählen, dagegen will R. an den Diebstählen nicht beteiligt gewesen sein. Das Ge-richt verurteilte P. zu 6 Monaten Gefängnis, die übrigen Angeklagten zu je 3 Monaten Arrest. Der Sophie P. wurde ein dreijähriger Strafausschub gewährt.

## Deutscher Advent.

Nun schleichen sie wieder  
ins Haus sich ein,  
die heimlichen Tage  
voll Kerzenschein,  
und Lieder erwachen,  
die jeder kennt,  
und überall flüsterts:  
Advent! Advent!

Auch uns wills erfassen,  
ob groß oder klein,  
ein Freuen, ein Freuen  
zieht in uns hinein. —  
Was ist denn dein Zauber  
Advent, Advent?  
Daß hinter dir strahlend  
der Lichterbaum brennt.

E. Anz.

§ In einem Verkehrsunfall kam es in der Danziger Straße, als ein Bäderlehrer mit einem Wagen aus der Mittelstraße die Danziger Straße entlangfuhr. Als er mitten auf der Straße umkehren wollte, geriet er plötzlich zwischen zwei Automobile. Beide Autos wurden ebenso wie der Bäderwagen schwer beschädigt. Personen kamen nicht zu Schaden.

□ Grone (Koronowo), 10. Dezember. Am 8. d. M. fand im Saale des Herrn Sonnenberg abends 5 Uhr ein ge-felliger Abend für die Winterhilfe statt. Eine Ansprache hielt der Leiter der Deutschen Winterhilfe Dr. Stahnsdorf. Eine Arbeitslosengruppe trug mehrere Theaterstücke vor, u. a. die Nützlinge aus Wilhelm Tell von Schiller und „Die gestorbene Gerechtigkeit“, Bauern-spiel von Lorenz. Gemeinsame Gesänge und die Vorträge eines Mandolinenspiels trugen zur Abwechslung bei. Die Vortragenden konnten großen Beifall ernten.

q. Gnesen (Gniezno), 10. Dezember. Gestohlen wurden aus dem Keller von Kotzowski, Dalkierstraße Nr. 19, 20 Flaschen Wein. Einlaß verschafften sich die Diebe durch Aufbrechen der Tür. Die Täter sind bis jetzt noch nicht ermittelt worden. — Die be drangen in die Molkerei von Bojowski, in Kleko, Kr. Gnesen, ein und stahlen hier 20 Pfund Butter und eine kleinere Summe Geld. Weiter wurden aus dem Schlafzimmer zwei neue Anzüge, ein Paar lange Stiefel, zwei Hüte und Gardinen für drei Fenster entwendet. Der Schaden beläuft sich auf 350 Zloty. — Gleichfalls bestohlen wurde Leon Lesniemi, wobei die Diebe Kolonialwaren aller Art im Gesamtwerte von 1000 Zloty erbeuteten. Von den Spitzbuben fehlt jede Spur.

z. Inowroclaw, 10. Dezember. Die Leiche eines unbekannten jungen Mannes wurde auf den Eisenbahnschienen Inowroclaw-Kabinek gefunden. Die Leiche wies zerstückten Kopf und abgefahrene Beine auf. Aus den Papieren ging hervor, daß es sich bei dem Toten um den 23jährigen Schlosserlehrling Stefan Lewandowski aus Popowice hiesigen Kreises handelt, der wahrschein-lich beim Aufspringen auf einen fahrenden Kohlenzug ab-stürzte und unter die Räder geriet.

b. Mogilno, 10. Dezember. Auf dem letzten Wochen-markt zahlte man für Butter 1,40–1,60, Eier sind ge-fiegen, die Mandel 1,80–2. Hasen wurden viel angeboten mit 2–2,75. Auf dem Ferkelmarkt kosteten Abzuckerfel 18–25 Zloty, Läufer 30 Zloty das Stück. Für leichtere Baconschweine zahlte man 34 Zloty pro Zentner bis zwei Zentner schwer, über zwei Zentner 36–38 Zloty. Das beste Schwein, eine 6 Zentner schwere Specksch, brachte 47 Zloty der Zentner. Ganz leichte Schweine unter 160 Zentner wurden nicht gekauft und mußten zurückgenommen werden.

§ Posen, 9. Dezember. Dem Rittgutsbesitzer Justus von Wedemeyer-Bonnitz, im Kreise Kolmar, wurde bei der Fahrt vom Hauptbahnhof in die Stadt in der Straßenbahn von einem Taschendiebe eine Tasche aufgeschnitten und

der Betrag von 1000 Zloty gestohlen. — Aus der Wohnung einer Stanisława Biegnia, in der fr. Siegelstraße 72, wurden bei einem Einbruch ein Radioapparat, drei goldene Ringe und 360 Zloty Bargeld gestohlen. — Aus dem Lager-raum der Firma J. Stróżyk, Töpfergasse 3, wurden fort-geführt Butter- und Käsebiebstähle verübt. Jetzt ist der Rus-scher Leon Nowak, fr. Kaiser Wilhelmstr. 21, als Dieb er-mittelt und festgenommen worden.

Schnell aufgeklärt worden ist der Diebstahl von drei Mikroskopen im Werte von 5000 Zloty im Garnison-lazarett. Als Diebe sind von der Militärgendarmerie die beiden Infanteristen Marian Milak und Felician Abra-mowski ermittelt und festgenommen worden. Sie hatten ihre Beute beim Bruder Maximilian des Abramowski unter-gebracht. Dieser wird sich jetzt wegen Hehlerei zu verant-worten haben.

Angeklagt als Agent der „Vesta“ hatte ein unbekannter junger Mann mit einer Leokadia Skarg in der Krotoschi-nerstraße eine Feuerversicherung abgeschlossen. Schon am folgenden Tage erschien er mit der ausgefertigten Police und verlangte die Zahlung von 26 Zloty. Die stübig ge-wordene Frau bestellte ihn für den folgenden Tag zur Ent-gegennahme des Geldes. Der famose Agent erschien aber, weil er annahm, daß sein Schwindel inzwischen aufgeklärt worden war, vorsichtshalber nicht wieder.

r. Birke (Sierakow), 10. Dezember. Der letzte Vieh-, Pferde- und Krammarkt war wegen des Schnees-meters nur schwach besucht. An Pferden waren meist alte und minderwertige Tiere aufgetrieben; es wurden fast nur Tauschgeschäfte abgeschlossen. Rüge, die in sehr magerem Zustande angeboten wurden, wurden mit 120 bis 200 Zloty gehandelt. Ferkel brachten 15–25 Zloty das Paar. Der Krammarkt war gut besucht; gekauft wurde aber recht wenig.

## Änderung

### der Danziger Zivilprozessordnung.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Vom Danziger Senat ist eine neue Verordnung zur Änderung des Verfahrens in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 24. Juni 1933 erlassen worden.

In Einzelheiten soll besonders hervorgehoben werden, daß künftig ein Zeuge grundsätzlich nur vereidigt werden soll, wenn das Gericht dies mit Rücksicht auf die Bedeutung der Aussage oder zur Herbeiführung einer wahrheits-gemäßen Aussage für geboten erachtet und die Parteien auf die Vereidigung nicht verzichten.

Wichtig ist, daß der sogen. Parteieid, dessen juristische Unzulänglichkeit oft begründeten Anlaß zu Vorwürfen gegen die Prozeßführung gab, ersetzt ist durch die jetzt vom Gericht anzuordnende bisher prozeßual nicht statt-hafte Vernehmung der Partei, die notfalls auch zur Vereidigung der Partei über ihre Aussage führt. Daß eine solche Vernehmung einer Partei ganz andere Klarheit schafft als es ein kunstvoll normierter und auferlegter Eid tun konnte, liegt nur auf der Hand.

Im Zivilprozeß wird auch künftig von den im Deutschen Reich bestehenden Bestimmungen nur in ganz geringem Umfange abgewichen, wo es die Notwendigkeit aus Dan-ziger besonders gelagerten Verhältnissen erfordert.

Die Verordnung wählt zum ersten Male eine neue Form insofern, als die Änderungen ohne Rücksicht auf die Reihenfolge der von der Änderung betroffenen Paragraphen unter bestimmte Gesichtspunkte gruppiert sind und dem Leser es leicht gemacht wird, in den Sinn des Gesetzes ein-zudringen.

Gleichzeitig ist die ebenfalls dem deutschen Reichsgesetz nachgebildete Vereinfachung der Zustellungen vorgenommen, wobei im Wesentlichen die einfache Mitteil-ung wenn es irgend anging ist an die Stelle der um-ständlichen und kostspieligen Zustellung gesetzt wird.

## Kostenlose Einrichtung

### von Fernsprechan schlüssen

Ein Weihnachtsgeschenk des Senats an die Danziger Bevölkerung.

Dem in weiten Volkstreffen vorliegenden Bedürfnis zum Anschluß an das Fernsprechnetz will der Senat als einmalige Maßnahme während eines Werbevierteljahres durch kostenlose Einrichtung von Fernsprechan schlüssen (Verzicht auf die einmaligen Einrichtungskosten) genügen. Es ist beabsichtigt, alle auf Grund dieser Mitteilung oder in der Zeit vom 1. Januar — 31. März 1934 beantragten Fernsprechan schlüsse kostenlos einrichten zu lassen.

Darüber hinaus hat der Senat mit Wirkung vom 1. Januar 1934 die Fernsprechnetze im Freistaatsgebiet um durchschnittlich 25 v. H. ermäßigt und wie folgt fest-gelegt: bis zu 5 Kilometer 0,15 G., von mehr als 5 bis zu 15 Kilometer einschl. 0,35 G., von mehr als 15–25 Kilometer einschl. 0,50 G., von mehr als 25–35 Kilometer einschl. 0,60, von mehr als 35–50 Kilometer einschl. 0,75, von mehr als 50–75 Kilometer einschl. 1,00 und von mehr als 75–100 Kilometer einschl. 1,10 G.

Vom gleichen Zeitpunkt an wird die Einrichtungsgeld für handbediente Fernsprechnetze an schlüsse von 60 auf 35 G. und die Gebühr für die Übertragung eines Anschlusses von 10 auf 4 G. ermäßigt. Außerdem sind die Zuschlagsgebühren für Anschlußleitungen außerhalb des 5-Kilometer-Kreises der Vermittlungsstelle auf 40 Pf. je 100 Meter herabgesetzt. Diese Maßnahme bedeutet insbesondere eine Verbilligung der Fernsprechnetze auf dem Lande.

## 12 000 Turner kommen nach Danzig.

Es findet in der Zeit vom 5. bis 8. Juli ein großes Gau-turntreffen statt, veranstaltet vom Gau Ostpreußen und vom Gau Pommern in Gemeinschaft mit dem Danziger Turn-kreis. Es werden daran auch schlesische Turner teilnehmen und man hofft, auch die Altturner dazu zu bekommen. Man rechnet mit etwa 12 000 Turnern und Turnerinnen in Danzig.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redak-teur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirt-schaft: Arno Ströbe; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Döpfel; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Praygodski; Druck und Verlag von H. Dittmann & Co. v., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 284



Wundervolle Musik!	Neueste
Liebliche Darstellung!	Wochenschau
Spannender Inhalt!	Beiprogramm
	Beginn 5, 7, 9.
	Preise ab 50 gr.



Bromberg, Dienstag, den 12. Dezember 1933.

## Bommerellen.

11. Dezember.

## Graudenz (Grudziadz).

## Der Graudenzener Ruderverein

hielt im Gemeindehause seine diesjährige Generalversammlung ab. Der 1. Vorsitzende, Kaufmann Karl Meißner, begrüßte die Anwesenden und gab seiner Freude über den von großem Vereinsinteresse zeugenden zahlreichen Besuch Ausdruck. Im Berichtsjahre haben 10 Monats- und 24 Vorstandssitzungen stattgefunden. Erfreulich ist, daß sich die Finanzen des Vereins und das Bootsmaterial in bester Ordnung befinden; ebenso, daß die Mitgliederzahl von 90 auf 120 gestiegen ist. Ein vom Vorsitzenden vorgelegener Antrag Papendick, für das im Jahre 1935 zu begehende 50 jährige Bestehen des Vereins die nötigen Mittel bereitzustellen, rief eine rege Aussprache hervor. Man beschloß, erst den Kassenbericht abzuwarten und dann sich endgültig zu entscheiden. Im Anschluß daran gab Kassierer W. Gramberg den Kassenbericht. Er wurde genehmigt, nachdem die Kassenprüfer ihn als in bester Ordnung befindlich erklärt hatten; dem Kassensführer wurde Entlastung erteilt. Fahrwart Franz Ertelt erstattete sodann Bericht über die im letzten Vereinsjahre ausgeführten Fahrten. Er teilte mit, daß von den Rudernern Herr Doer mit 1391, von den Damen Fräulein Schulz mit 1058 und von den Paddlern Herr Schmiedel mit 1100 Kilometern die größte Kilometerzahl erreicht haben; ihnen wurden schon ausgeführte Diplome zuteil. Über den Stand des Bootsmaterials berichtete Bootswart Doer. Aus seinen Mitteilungen ging hervor, daß das Boot „Wilhelm“ mit 1690 Kilometern und 146 Fahrten am meisten beansprucht worden ist. Es werden, wie der Bootswart angab, einige Reparaturen an Booten erforderlich sein. Der Berichtsteller stellte anheim, mehrere überalterte Boote nicht mehr zu verwenden und die dafür in Anspruch zu nehmenden Mittel lieber für den Ankauf neuer Boote zu bestimmen.

Der Vorsitzende gab bekannt, daß die beiden ältesten Mitglieder des Vereins, die Herren Ertelt sen. und Robert Thomaszewski (von denen der letztere beinahe 42 Jahre sich aktiv dem Rudersport gewidmet hat) in Anerkennung ihrer Verdienste um den Verein und seine Bestrebungen zu Ehrenmitgliedern ernannt worden sind. Es wurden ihnen aus diesem Anlaß die Ehrenmitgliedschaftsdiplome überreicht. In herzlichen Worten sprachen die Geehrten ihren Dank und ihre Freude über die ihnen zuteil gewordene Auszeichnung aus.

Nach einer kurzen Pause schritt man zur Neuwahl des Vorstandes. Gewählt wurden folgende Herren: zum 1. Vorsitzenden Bankdirektor Georg Büttner, zum 2. Vorsitzenden Diplom-Ingenieur Gramberg, zum 1. Schriftführer Kaufmann Hans Hein, zum 2. Schriftführer Kaufmann Johannes Mielke, zum Kassensführer Bankkassierer Foede, zum 1. Bootswart Schlossermeister Willy Gramberg, zum 2. Bootswart Herr Papendick, zum Fahrwart Kaufmann Franz Ertelt, zum Hauswart Bankdirektor Sypli. Weiter erfolgte noch die Wahl der Vergütungs-vorsteher und der Kassenprüfer.

Beschlossen wurde, sich während der Wintermonate durch fleißige Inanspruchnahme des Ruderns in gutem Training zu erhalten. Ferner beschloß man, daß alle nicht des Schwimmens kundigen Mitglieder sich diese Fähigkeit aneignen sollen.

Im Zusammenhang mit der Verminderung der Zahl der städtischen Arbeiter teilt das Stadtpräsidium der Presse mit, daß die Mehrheit der über 60 Jahre alten Arbeiter die gesetzlich vorgegebene Altersversorgung erhalten wird. Bis zur Zeit des Empfanges dieser Beträge werden die Betref-

fenden gelegentlich noch beschäftigt. Außerdem werden ihnen aus städtischen Mitteln laufend monatliche Unterstüzungen gewährt.

× **Straßenunfall.** Von dem Fuhrwerk des Landwirts Adam Zaborowski aus Neubrück (Nowe Mosty), Kr. Graudenz angefahren und zu Boden gestoßen wurde am letzten Mittwoch in der Marienwerderstraße (Wybickiego) eine 74 jährige Frau namens Maria Browarska, Oberbergstraße (Madgorna) 7. Hierbei trug die Greisin einen Bruch des rechten Beines davon. Sie fand Aufnahme im städtischen Krankenhaus. Wen die Schuld an dem Unfall trifft, das bedarf noch der Klärung.

× **Ein Kind vom Tode gerettet.** Bei dem von uns berichteten Brande in der Chabowski'schen Wohnung, Festungsstraße (Forteczna), war ein darin zurückgelassenes kleines Kind in höchster Gefahr. Der Beamte des Meldebureaus Praybyski kam zu rechter Zeit hinzu, hob die Wohnungstür heraus und konnte so das Kindchen in Sicherheit bringen. Ihm gebührt dafür berechnete Anerkennung.

× **Lebensüberdrüssige.** In der Czarniecki-Kaserne nahm am Freitag eine dort mohnhafte verehelichte weibliche Person in selbstmörderischer Absicht Essigessenz zu sich. Es konnte aber beizeiten eingegriffen werden, so daß dem Leben der Frau keine Gefahr droht. Ebenfalls aus diesem irdischen Jammertal zu scheiden suchte eine Brüderstr. (Bracka) mohnhafte Prostituierte. Diese wählte als Mittel dazu die Verlegung von Andern an den Händen mittels eines Messerschens. Auch in diesem Falle konnte rechtzeitiges Eingreifen von Mitbewohnern das Schlimmste verhüten. Die Selbstmordkandidatin konnte, nachdem sie von dem Sanitäter des Krankenhauses verbunden worden war, in ihrer Wohnung belassen werden.

× **Vor der Strafkammer** mußte sich am Donnerstag der Strafgefangene Marciniak verantworten. Er hat 1. St. nicht nur in seiner Zelle Zerstörungen angerichtet, sondern auch Aufsehern und Polizeibeamten Widerstand geleistet und sie gröblich beleidigt. Der Gerichtshof hielt eine Strafe von 4 Monaten Gefängnis für angemessen.

A. Der **Sonnabend-Markt** war weniger gut besucht, der Verkehr auch nicht besonders. Butter kostete 1,40 — 1,60, Eier 1,60 — 2,00, Weiskäse 0,10 — 0,60; Apfel 0,40 bis 0,50, Birnen 0,40 — 0,60, Zitronen Stück 0,10 — 0,12, trockene Pfäfen 0,80 — 1,00, Rosenkohl 0,20 — 0,30, Spinat 0,20, Salat Kopf 0,10, junges Grünzeug Bsch. 0,10, Weiskohl 0,05, Rottkohl 0,10, rote Rüben, Wurzeln, Mohrrüben, Zwiebeln je 0,10, Kartoffeln Str. 2,50, Pfd. 0,03; Gänse Stck. 5,00 bis 8,00, Enten 2,50 — 4,00; Puten 5,00 — 6,00, Tauben Paar 0,80, Fasanen Stck. 3,00, Hasen 3,00 — 4,00. An Fischen gab es Zander zu 1,40, Karpfen 1,00, Hechte 0,90 — 1,00, Barsche 0,60 — 0,70, Breiten 0,70, Kaulbarsche 0,25, Plöke 0,25 — 0,50. — Kleine Tannenbäumchen, die man sah, kosteten 0,20 — 0,50, Tannengrün 0,10, Palmbüschchen 0,05 — 0,10. An Blumen gab es schon Tulpen in bunten Töpfchen das Stck. zu 0,60, Alpenveilchen 1,00 — 1,50, Primeln 0,30 — 1,00.

× **Einbrüche.** Bei Abraham Hertz, Herrenstraße (Pańska) 2, wurden von nächtlichen Dieben mittels Einbruchs Waren im Werte von ca. 250 Zloty, bei dem Landwirt Eduard Mattheis, Pieschwalderstr. (Milegna) 6, aus dem Stalle, in den die Einbrecher mittels Durchschlagens der Seitenmauer eingedrungen sind, ein Schwein im Werte von 150 Zloty, bei Rozalia Lipkowska, Lindenstraße (Lipowa) 51, aus dem Keller 7 Zentner Kohlen und 1 Zentner Kartoffeln, bei Rikermann, Ziegeleistraße (Cegielniana) 57, aus dem Stalle 6 Hühner und ein Gummischlauch, bei Antoni Witwicki, Tischerdamm (Tuszeńska Grobla) 28, Tabakwaren im Werte von 800 Zloty, sowie 50 Zloty Bargeld, bei Maria Schulz, Schwerinstraße (Sobieskiego) 10, Wäsche im Werte von 100 Zloty, bei Jadwiga Stadnik, Blücherstraße (Kilińskiego) 7, Kleidungsstücke, Schuhe und ein Koffer im Gesamtwerte von 280 Zloty gestohlen.

## Thorn (Toruń).

## Das neue Stadtparlament

kann noch nicht tagen.

Die Hauptwahlkommission für die Stadt Thorn veröffentlichte kürzlich die Gesamtergebnisse der Stadtverordnetenwahlen in Thorn. Hiernach entfiel auf die einzelnen Listen folgende Anzahl von Stimmen: Liste Nr. 1: 9241, Liste Nr. 2: 1028, Liste Nr. 3: 2877, Liste Nr. 4: 7685, Liste Nr. 5 (deutsche Liste): 394, Liste Nr. 6: 225, insgesamt 22 480. Gleichfalls veröffentlicht wurden die Namen der neuen Mitglieder des Stadtparlaments und die Namen ihrer Stellvertreter. Vorerst kann sich das neue Stadtparlament aber noch nicht versammeln und konstituieren, weil in vier Bezirken Proteste gegen die Wahlen eingelegt wurden, und die angemeldeten Proteste entsprechend den Wahlvorschriften die Konstituierung der Stadtverordnetenversammlung aufhalten.

× **Die Frage des „Goldenen Sonntags“**, über die diesmal Unklarheiten bestanden aus dem Grunde, daß der vierte Adventssonntag mit dem Heiligen Abend zusammenfällt, ist jetzt durch Anordnung des Innenministeriums geregelt worden. Danach dürfen die Ladengeschäfte am dritten Adventssonntag, dem 17. Dezember, von 1 Uhr bis 6 Uhr nachmittags geöffnet sein, müssen jedoch am 24. Dezember geschlossen gehalten werden. In der Woche vor Heiligabend, also vom 18. bis 23. Dezember einschließlich, dürfen die Geschäfte unter Berücksichtigung des Gesetzes über die Arbeitszeit der Angestellten zwei Stunden länger als gewöhnlich, jedoch nicht über 9 Uhr abends hinaus offengehalten werden. — Lebensmittelgeschäfte dürfen am Sonntag, dem 24. Dezember, während der Morgenstunden wie an gewöhnlichen Sonntagen geöffnet sein, desgleichen tagsüber auch die Cafés usw.

× **In 5 Minuten zum Hauptbahnhof.** Mit dem Tage der Eröffnung der neuen Wegebrücke über die Weichsel, was etwa Ende Mai der Fall sein dürfte, wird dem schon seit Jahr und Tag bestehenden Bedürfnis einer besseren und schnelleren Verkehrsverbindung der Stadt mit dem Hauptbahnhof (Dworzec Toruń-Przedmieście) durch die gleichzeitige Inbetriebnahme der neuen Straßenbahnlinie über die Brücke entsprochen werden. Während eine „Reise“ nach dem Hauptbahnhof jetzt noch ziemlich umständlich und zeitraubend ist, wird man später die Fahrt dorthin sehr bequem und in verhältnismäßig kurzer Zeit zurücklegen können. Der Bau der neuen Straßenbahnlinie ist bereits soweit fortgeschritten, daß am Donnerstag der erste Probewagen — Motowagen und Anhänger — die Fahrt von der Kerstenstraße (ul. Szopena) über die neue Brücke nach dem Hauptbahnhof antreten konnte. Die Fahrt bis zum Hauptbahnhof dauerte kaum 5 Minuten.

× **Zu Unfug auszufragen** beginnt die an und für sich hübsche Sitte, das arme Kinder in der Adventszeit mit einer beleuchteten Krippe von Haus zu Haus ziehen und sich durch Vorfragen von Adventsliedern ein paar Groschen verdienen. Seit Anfang Dezember nämlich erscheinen tagtäglich in den Geschäften der Hauptstraßen drei bis vier solcher Kindergruppen, die immer wieder einen Dolus fordern, jawohl, fordern, denn Erbitten kann man ihr Gebaren nicht mehr nennen. Daß unter diesen ständigen Aufdringlichkeiten die Gebefreudigkeit nachläßt, ist verständlich.

× **Zu einer Schieberei** kam es im Fort Bolestaw Chrobry. An den dort mohnhaften Aufseher Franciszek Zander wandte sich Michal Wnaka von hier und forderte in höchst ungehöriger Form die Herausgabe von Sachen, die durch eine dritte Person angeblich bei Z. untergebracht worden sein sollen. Zwischen beiden Männern kam es zu einem Wortwechsel und schließlich zu einem Streite. Z. mußte sich des aufdringlichen B. schließlich nicht mehr anders zu er-

## Graudenz.

## Thorn.

Heute früh entließ sanft mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Schwager und Onkel, der

Hausbesitzer

Paul Broehl

im 73. Lebensjahre.

8464

Die trauernden Hinterbliebenen.

Graudenz, den 9. Dezember 1933.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 12. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des evangel. Friedhofes aus statt.

Moderne Möbelstoffe

Teppiche

Läufer

Wachstuche

Planleinen

die größte Auswahl zu billigsten Preisen

Otto Kahrau

ulica Sienkiewicza 16.

2 Graudenz

(Bast. Stb. zum Vert. Marutowicza 23. 8461

Deutsche Bühne Grudziadz.

Mittwoch, den 13. Dezember 1933, um 20 Uhr im Gemeindehause:

Konzert des Geigen-Virtuosen

Hans Bassermann

Am Flügel: Ella Mertins.

Es ist uns gelungen, den berühmten Geiger für einen Abend zu gewinnen. Berliner Kriik: Bassermann ist zur Höhe allererster Kollegen emporgewachsen. Eintrittskarten: Zl.: 3,00, 2,00, 1,60 u. 1,00. einschl. aller Abgaben im Geschäftszimmer der Deutschen Bühne Mato Grablowa, Ecke Mickiewicza. — Schülerkarten nur in der Goetheschule. 8439

Für die Beweile heralicher Teilnahme beim Seimgange unserer lieben Entschlafenen und für die zahlreichen Kranzpenden sagen wir auf diesem Wege unseren

herzlichsten Dank.

Ganz besonders danken wir Herrn Parrer Gürtler für die tröstlichen Worte am Sarge, sowie am Grabe.

Familie Schmielewski.

Graudenz, den 8. Dezember 1933. 8462

Aushilfe in Latein, Polnisch, beland. bei Rückständig. ert. fachmann. gewes. Gymnasiallehrer Grudziadz, Aulota (neb. Waisenhaus) 43, Wg. 2.

Photo-Arbeiten

1. Art wird fachgem. u. tadell. ausgeführt 7231 Toruńska 6, Wdhg. 5.

Heute nachm. entließ sanft nach schwerem Leiden un're liebe Tante

Frau Direktor

Auguste Hertwig

geb. Aleno

im Alter von fast 78 Jahren.

Im Namen der Hinterbliebenen

Else und Anne Barz.

Thorn, am 9. Dezember 1933.

Beerdigung am Mittwoch, dem 13. d. Mts., mittags 12 Uhr, von der Leichenhalle des altstädtischen Friedhofs aus

Verkaufe billig

schönes Haus

groß. Garten. Zu erf. Ludomil, Toruń, Szeroka 2.

Verloren

opale Herrenarmbanduhr m. Monogr. Gegen Belohn abzug. u. Exp. Wallis, Toruń. 8463 8421

Obelge rzucona

na p. Trenkel niniejszem odwołuje.

W. Szeerer.

Für 1934

empfiehlt verschiedene

Buch-, Taschen-, Termin- und andere Kalender

Justus Wallis, Toruń, ul. Szeroka 34. 8380



## Begierig nach SCOTT'S

sind die Kinder, die diese köstliche, sahnige Emulsion täglich einnehmen. Sie fühlen sich stets wohl und kräftig. SCOTT'S Lebertran-Emulsion enthält gerade die für das Wachstum der Kinder unbedingt notwendigen Nährstoffe, vor allen Dingen Vitamine A und D. SCOTT'S Emulsion stärkt den Körper, fördert die Knochenbildung und nährt das Gehirn. Verlangen Sie aber nur die echte

SCOTT'S LEBERTRAN-EMULSION



wehren, als zwei Karabinerschüsse abzugeben, die den B. jedoch nicht trafen. Darnach erstattete B. der Polizei Mitteilung vom dem Vorfall.

≠ Nicht weniger als sieben Personen wurden unter Diebstahlsverdacht in Polizeiarrest genommen, nicht weniger als fünf wegen Trunkenheit bis zur erfolgten Ausnüchterung auf der Wache behalten. Außerdem wurde eine Person unter dem Verdacht des Fahrrad Diebstahls festgenommen, eine andere wegen des Versuchs, gefälschte 10 Zloty-Stücke in Umlauf zu bringen. — Zur Anzeige gelangten neun Diebstähle, ein Restaurationsbetrug und 33 Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften. — Als aufgefunden angemeldet wurde beim Polizeiposten Thörn-Hauptbahnhof eine leberne Brieftasche mit zwei Pässen für Augustyn und Wladyslaw Wesołowski und beim Polizeiposten auf der Bromberger Vorstadt ein Paket mit Inhalt abgegeben.

## Die Einweihung des Hafens von Gdingen im Spiegel der polnischen Presse.

Aus Anlaß der Einweihung des Hafens von Gdingen stellt die Warschauer Presse eingehende Betrachtungen sowohl über die zurückgelegte Entwicklungs-Etappe dieses Hafens, als auch über die Zukunftsaufgaben an, welche Gdingen gestellt werden.

Die „Gazeta Polska“ stellt fest, daß die Etappe der Pionierarbeit in Gdingen beendet sei und daß nun die zweite Arbeitsetappe beginne. „Die erste Etappe ist“ — führt das führende Regierungsorgan aus — „das Werk des Staates gewesen; der weitere Ausbau dieses Wertes sei jetzt die Aufgabe der Volksgemeinschaft.“ In der Darstellung dessen, was durch die Errichtung Gdingens für Polen erreicht wurde, stellt das Blatt u. a. folgende verwirklichte Ziele ins Licht:

„Gdingen ist schon heute ein Sammelpunkt, der eine Anziehungskraft für ganz Polen bildet. Unser auswärtiger Handel tendiert, unabhängig von der Gegend des Landes, unabhängig davon, woher die Ware kommt und wohin sie geht — nach Gdingen.“ Ein zweites Ziel, das erreicht wurde, ist: „die Loslösung von der fremden Vermittlung und die Besserung der Zahlungsbilanz.“ „Der eigene Hafen hat die Möglichkeit der unmittelbaren Fühlungnahme mit dem eigentlichen Abnehmer gegeben, hat die Schwierigkeiten des Transits mit der Eisenbahn hinweggeräumt, hat in Polen die Summen belassen, welche für Expedition, für Umladung im Hafen und oft für den Seetransport gezahlt worden waren. Daraus ergab sich eine Besserung der Zahlungsbilanz, eine größere Sicherheit von Handelsmöglichkeiten, eine Verfestigung unseres Handels.“

„Der polnische Hafen — heißt es weiter — schafft dank seiner bequemen geographischen Lage Möglichkeiten eines vorteilhaften Transits für die Nachbarstaaten... Die Praxis der letzten Jahre hat bewiesen, daß die Möglichkeiten des fremden Transits durch Gdingen sehr beträchtlich sind. Das Hinterland Gdingens wächst und reicht über das Territorium der Republik hinaus. Es sind ganz konkrete Ausflüsse vorhanden, daß der große Handelsweg Ostsee-Schwarzes Meer oder praktisch: West-Südost durch unseren Hafen gehen wird.“

„Der Gdinger Hafen“ — führt das Blatt dann aus — „wird jetzt zum Zentrum des Imports von Baumwolle, Früchten, Kolonialwaren usw. Die heute inaugurierte Freihandelszone soll ein weiterer Faktor der Anziehungskraft des Hafens, zumal für den Transit sein. Die Hauptresultate der ersten Etappe sind:

## Das Minderheiten-Schulwesen in Deutschland

Wie in Deutschland das Minderheitenschulwesen aufgebaut wird, zeigt wieder einmal deutlich eine statistische Zusammenstellung, die in der „Front Zgodni“ Nr. 17/18 vom 1. November 1933 erschienen ist. Es heißt dort:

„Im Jahre 1926 bestand der Unterricht in der polnischen Sprache: in 8 Ortschaften des Kreises Stuhm für 165 Kinder (pro Ortschaft 20,6 Kinder) in 1 Ortschaft des Kreises Marienwerder für 15 Kinder, in 3 Ortschaften des Kreises Allenstein für 54 Kinder. Insgesamt 12 Ortschaften Ostpreußens mit 234 Kindern (pro Ortschaft 19,5 Kinder). In den folgenden Jahren wurde diese Aktion (Organisation von polnischen Schulen) im Kreise Marienwerder, d. h. in der Weichselniederung, mit Erfolg durchgeführt, zeigte jedoch im Kreise Allenstein, d. h. in Masurien, keine besseren Ergebnisse. Im Jahre 1928 wurde dieser Unterricht erteilt: in 10 Ortschaften des Kreises Stuhm mit 248 Kindern (pro Ortschaft 24,8 Kinder), in 1 Ortschaft des Kreises Marienwerder mit 16 Kindern, in 2 Ortschaften des Kreises Allenstein mit 22 Kindern (pro Ortschaft 11 Kinder). Insgesamt in 13 Ortschaften Ostpreußens mit 286 Kindern (pro Ortschaft 22 Kinder).

Außerdem entstanden in dieser Zeit 10 polnische Kleinkinderschulen, davon 6 in der Weichselniederung und 4 in Masurien.

Auf diesem Ergebnis blieb in den ersten 10 Nachkriegsjahren der polnische Unterricht in Ostpreußen stehen — kein Kind erhielt Unterricht in polnischer Sprache, nur einige Hundert erlernten ihre Muttersprache. Wenn wir nur die Zahl der Polen laut amtlicher Liste berücksichtigen (Numerierung der „Front Zgodni“: Es ist bekannt, wie weit diese von der Wahrheit entfernt ist, besonders in Ostpreußen), ergibt sich, daß 100 Prozent polnischer Kinder in fremder Sprache Unterricht erhalten, 98,3 Prozent erlernten nicht einmal ihre Muttersprache.

Eine bestimmte Besserung konnte erst im Jahre 1929 nach Erlass der „Ausführungsbestimmungen zur Regelung des Schulwesens für die polnische Minderheit“ vom 31. 12. 28 erfolgen.

Auf Grund dieser Verfügung konnten polnische Privatschulen gegründet werden, und mit Anfang des Schuljahres 1929/30 entstanden die ersten Volksschulen dieser Art: am 10. 4. 29 in 4 Ortschaften Ostpreußens, am 2. 6. 29 in 3 Ortschaften der Weichselniederung, am 19. 8. 29 in 1 Ortschaft der Weichselniederung, am 18. 1. 30 in 1 Ortschaft und am

10. 12. 29 in 1 Ortschaft Ostpreußens; insgesamt entstanden in dieser Zeit in Ostpreußen 10 neue Schulen. Die gleiche Zahl von Schulen konnte im nächstfolgenden Schuljahr 1930/31 eröffnet werden, und zwar am 25. 4. 30 eine in Ostpreußen, am 10. 5. 30 und 28. 6. 30 je eine in Ostpreußen, am 11. 8. 30 eine in Ostpreußen, am 18. 8. 30 und 29. 8. 30 je eine in der Weichselniederung, am 1. 9. 30, 12. 9. 30, 25. 10. 30 und 18. 12. 30 je eine in Ostpreußen. Endlich konnte man noch vier weitere Schulen eröffnen: am 14. 4. 31 eine in Ostpreußen, am 18. 4. 31 eine für die evangelisch-polnische Bevölkerung in Plasitten (Kr. Ortelsburg) in Masurien, am 2. 6. 31 und 15. 6. 31 je eine in Ostpreußen.

Auf einer in Gdanowo veranstalteten Treibjagd wurden von 14 Schützen 100 Hasen erlegt. Jagdkönig wurde Golunski mit 18 Hasen.

tz Koniz (Chojnice), 9. Dezember. Der heutige Wochenmarkt war nur sehr schwach besucht. Butter kostete 1,10—1,50, Eier 1,90—2, Ferkel 14 bis 18 Zloty.

Die Bemühungen des Vereins selbständiger Kaufleute, in diesem Jahr auch am silbernen Sonntag die Geschäfte offenhalten zu dürfen, sind von Erfolg gewesen. Die Geschäfte können am 17. Dezember von 1—6 Uhr geöffnet sein. Damit hat der Verein sich um die Handel- und Gewerbetreibenden der Stadt ein großes Verdienst erworben, da die Landbevölkerung wohl in der Hauptsache diesen Tag zum Einkauf benutzt wird.

der Bau des Hafens und der Hafenanlagen, die Tarif- und Zollpolitik, der Ausbau der Land- und See-Verbindungen und schließlich: die Grundlegung zu einer polnischen Handelsflotte.

„Der Staat hat“ — heißt es weiter — „alles getan, was er vermochte und eigentlich hat er — viel mehr getan. Jetzt kommt die Reihe an die Volksgemeinschaft.“ Das Blatt tadelt es, daß noch viel Waren durch fremde Häfen gehen, was nicht einer besseren Kalkulation, sondern nur dem Mangel an Initiative zuzuschreiben sei. Das Bestreben, sich von der ausländischen Vermittlung unabhängig zu machen, müsse viel weiter gehen, als es bisher der Fall gewesen sei. Man müsse in den Exporttransaktionen danach streben, daß der polnische Exporteur die Ware im Bestimmungshafen veräußere. Dies erfordere aber eine entsprechende Entwicklung des Finanzapparats in Gdingen sowie auch die Gründung von Schiffsverkehrs-Versicherungsinstituten. Schließlich wird als weitere Aufgabe der neuen Arbeitsetappe die Schaffung der Bedingungen bezeichnet, welche Gdingen zu einem Handelszentrum, das wirtschaftliche Güter verteilt, machen würden.

In diesem Jahre — schließt das Blatt — hat Gdingen alle seine Umschlagsrekorde übertroffen und wird in der Jahressumme sicherlich ein Quantum von 6—6,2 Millionen Tonnen erreichen. In der kommenden Periode wird man in gleichem Maße, wie auf die Quantität, auch auf die Qualität der Ausnutzung des Hafens, auf die Veredelung der Struktur des Umlages bedacht sein müssen.

Nebst Artikeln, die in sachlichem Tone gehalten sind, finden sich in der polnischen Presse aus Anlaß der Gdinger Feier auch Artikel, deren Verfasser sich das Vergnügen, den Boden der Sachlichkeit zu verlassen, nicht versagen können. Der populäre „Wieczór Warszawski“ leistet sich z. B. folgende Auslassung wahrscheinlich zur besonders höflichen Begrüßung des Danziger Senatspräsidenten Dr. Kaufmanna:

„Gdingen hat seinen Konkurrenten Danzig geschlagen. Während noch im verfloßenen Jahre im ersten Halbjahr durch Danzig 53 Prozent unserer ganzen Seerausfuhr und 60 Prozent der Einfuhr gingen, hat schon im laufenden Jahre Gdingen 52 Prozent ausgeführt und 65 Prozent eingeführt. Danzig hatte an der See-Einfuhr nur noch einen Anteil in Höhe von 35 Prozent und in der Ausfuhr einen Anteil von 48 Prozent. Auf diese Weise ist Gdingen als polnischer Hafen an die erste Stelle vorgeückt und schlägt Danzig, den Hafen mit tausendjähriger Vergangenheit, der reich an Anlagen ist und einen glänzend entwickelten Kaufmannsstand hat...“

24. 2. 30 ebenfalls in 1 Ortschaft Ostpreußens; insgesamt entstanden in dieser Zeit in Ostpreußen 10 neue Schulen. Die gleiche Zahl von Schulen konnte im nächstfolgenden Schuljahr 1930/31 eröffnet werden, und zwar am 25. 4. 30 eine in Ostpreußen, am 10. 5. 30 und 28. 6. 30 je eine in Ostpreußen, am 11. 8. 30 eine in Ostpreußen, am 18. 8. 30 und 29. 8. 30 je eine in der Weichselniederung, am 1. 9. 30, 12. 9. 30, 25. 10. 30 und 18. 12. 30 je eine in Ostpreußen. Endlich konnte man noch vier weitere Schulen eröffnen: am 14. 4. 31 eine in Ostpreußen, am 18. 4. 31 eine für die evangelisch-polnische Bevölkerung in Plasitten (Kr. Ortelsburg) in Masurien, am 2. 6. 31 und 15. 6. 31 je eine in Ostpreußen.

An dieser Stelle war der Entwicklung des polnischen Schulwesens in Ostpreußen vorläufig Halt geboten — infolge finanzieller Schwierigkeiten mußte der die Schulen unterhaltende Verband polnischer Schulvereine die Neugründung von Schulen einstellen. Der Höchstbestand am 1. 1. 32 war folgender: Kreis Allenstein 13 Schulen, 13 Lehrer mit 188 Schülern (pro Ortschaft 14 Kinder), Kreis Rößel 1 Schule, 1 Lehrer mit 10 Kindern, Kreis Ortelsburg 1 Schule, 1 Lehrer mit 2 Kindern, Kreis Stuhm 9 Schulen, 10 Lehrer mit 205 Kindern (pro Ortschaft 22,7), insgesamt in Ostpreußen 24 Schulen, 25 Lehrer, 400 Schüler (pro Ortschaft 16,6). Von besonders großer Bedeutung war die Eröffnung einer Schule in Masurien; leider hatte diese Schule eine zu kleine Kinderzahl aufzuweisen und wurde sie nach 9 monatigem Bestehen liquidiert, was mit dem Ableben des verdienten Leiters Georg Banz zusammenfiel.

Im Schuljahr 1932/33 änderte sich die Zahl der Schulen nicht, die Kinderzahl wuchs in Ostpreußen um ein wenig, nahm dagegen in der Weichselniederung ab. Sie betrug: im Kreis Allenstein 13 Schulen, 13 Lehrer mit 190 Schülern (pro Ortschaft 14,4), im Kreis Rößel 1 Schule, 1 Lehrer mit 11 Schülern, im Kreis Stuhm 9 Schulen, 10 Lehrer mit 187 Schülern (pro Ortschaft 18,7), insgesamt in Ostpreußen 23 Schulen, 24 Lehrer, 388 Kinder (pro Ortschaft 16,1). Das sich entwickelnde polnische Schulwesen mußte gegen große Schwierigkeiten von Seiten der Behörden und der deutschen Bevölkerung ankämpfen (Siehe Durchschnittsschülerzahl in den einzelnen Ortschaften. — D. Red.), die besonders mit wirtschaftlichem Druck auf die arme abhängige polnische Bevölkerung der Umsiedlung in polnische Schulen entgegenarbeiteten. Infolge Gründung von polnischen Privatschulen nahm der polnische Sprachunterricht in den deutschen Volksschulen bedeutend ab, da ein Teil der früheren Schüler in die polnischen Schulen übergang; dieser Unterricht blieb nur in zwei Ortschaften des Kreises Stuhm für 32 Kinder bestehen.

In der Zeit von 1929 bis 1932 vergrößerte sich die Zahl der polnischen Kinderhorte in Ostpreußen auf 14, davon sind 8 in Ostpreußen, 6 in der Weichselniederung.

Aus diesen Ausführungen der polnischen Zeitung sehen wir wieder einmal ganz klar und deutlich, wie tolerant und entgegenkommend die Schulfragen im Deutschen Reich für fremde Volksgruppen behandelt werden. Es bestehen sogar

regelrechte Schulen mit einem Lehrer und zwei Schülern

im Kreise Ortelsburg, mit einem Lehrer und 10 Schülern im Kreise Rößel, wie die Zeitung selbst zugibt. Wir können also nur empfehlen, diesen Artikel in der „Front Zgodni“ recht sorgsam nachzulesen und dann die hier in Polen von uns zur Bestätigung einer Schule geforderte Kinderzahl (40) mit der zu vergleichen, die in Deutschland von den polnischen Volksgruppen gestellt werden.

Wieder haben sich die Staatsmänner dieser beiden großen Nachbarstaaten zusammengesetzt, um zu beraten, wie die bisherigen Unstimmigkeiten aus dem Wege geräumt werden können und wie man am besten zu einer Verständigung gelangt. Mögen sie daran denken, daß

die Regelung der Schulverhältnisse mit die brennendste Frage

ist und daß hier unter allen Umständen eine Lösung gefunden werden muß. Viele Tausend junge Menschenleben und mit ihnen die Eltern und Erzieher leiden unter dem unerträglichen Zustande, daß immer wieder unter schärfstem Zwange versucht wird, Wissen und Bildung in wesenfremder Art zu vermitteln und dazu in einer Sprache, die die Kinder gar nicht verstehen.“

## Polnische Schul- und Kultur-Politik.

Noch 456 000 Kinder ohne Schulunterricht.

Vor dem sogenannten staatlichen Erziehungsrat, einem Beirat des polnischen Unterrichtsministeriums, hielt Ministerpräsident Jędrzejewicz in seiner Eigenschaft als Kultusminister eine große Rede über den Stand des Schulwesens in Polen. Er hob den Fortschritt auf dem Gebiet der Reform der Schulverwaltung hervor und erörterte im Anschluß daran die Haushaltsfrage.

Der führende Gedanke bei der Schulerziehung sei die Umgestaltung der Psyche des Schülers und des ganzen Volkes sowie die Gestaltung eines staatlichen Gemeinschaftsgefühls. Dadurch werde keineswegs eine nationale Erziehung behindert. Trotz gewisser Sparmaßnahmen sei es gelungen, den Stand des Schulwesens zu erhöhen. Es sei auch nicht eine einzige Schule geschlossen oder ein einziger Lehrer entlassen worden.

Der Minister mußte aber die erschütternde Tatsache angeben, daß der gegenwärtige Haushalt des Unterrichtsministeriums nicht groß genug ist, um 456 000 schulpflichtigen Kindern den Besuch der staatlichen Schule zu ermöglichen.

Ihre Einschulung würde zurzeit noch nicht möglich sein, ohne daß die vorhandenen Klassen auf das unerträglichste belastet würden. Hier liege noch eine ernste Zukunftsaufgabe.

Die Erhöhung der Hochschulgeldern verteidigte der Ministerpräsident mit dem Hinweis darauf, daß sie eine wesentlich bessere Dotierung sämtlicher wissenschaftlichen Einrichtungen ermöglicht habe und insbesondere auch eine wesentliche Erweiterung der Stipendien und Freistellen für unbemittelte Hochschüler.

## Deutsch-polnische Sportbegegnungen.

Eishockey.

Am Sonntag fand in Berlin ein Eishockey-Wettbewerb zwischen dem Meisterklub von Polen, dem Posenener Klub „Lechia“ und dem Berliner SC Siemens statt. Das Wettspiel endete mit einem Siege der Deutschen von 3 : 0. Wie die amtliche Polnische Telegraphen-Agentur mitteilt, war die polnische Mannschaft in bezug auf Technik und Spieltaktik der deutschen Mannschaft unterlegen. Jedoch mußte sie diese Mängel durch großen Eifer und große Aufopferung wieder wettzumachen. An dem Spiel nahmen ein Vertreter des polnischen Generalkonsulats in Berlin und der Vorsitzende des Deutschen Eishockey-Verbandes teil.

Posen siegt über Breslau.

Bei dem in Breslau ausgetragenen Städte-Vorwettbewerb zwischen Posen und Breslau gewann die polnische Mannschaft im Verhältnis von 8 : 6.

Warschau über Danzig.

In Warschau wurde der Amateur-Vorkampf zwischen Danzig und Warschau ausgetragen, der im sehr gut besuchten Warschauer Zirkus stattfand. Die Danziger Städtevertreter erlitten eine Niederlage, die mit 1 : 15 Punkten reichlich hoch ausgefallen ist. Die Warschauer Städtevertreter gewannen damit als erste den Senatspräsident Dr. Kaufmann für den Städtekampf Danzig-Warschau gestifteten Wanderpreis.

## Die beste Zeitung

die unbedingt in Dein Haus gehört, versteht Dich nicht nur mit gutem Nachrichtendienst und interessanter Unterhaltung, sondern wahrlich auch

## Deine Interessen.

Unerforschten vertritt die Rechte des Deutschtums die hier führende deutsche Tageszeitung, die

„Deutsche Rundschau in Polen.“



# Gelbständigkeit und Isolierung.

Der „Gazet“, das Krakauer Organ des konservativen Lagers des Regierungsblocks, wendet sich in einem Artikel unter vielen Verbeugungen an den bekannten polnischen Publizisten Stanislaw Stronski gegen dessen Stellungnahme zu der Einstellung der Polnischen Regierung gegenüber Frankreich. Der Artikel bewegt sich in folgenden Gedankengängen:

Der Abgeordnete Stanislaw Stronski ist zweifellos ein talentvoller Publizist, der mit bewundernswürdigem Eifer den Gang der internationalen Fragen verfolgt, und niemand wird ihm seine hervorragende Kenntnis dieser Probleme abstreiten, mit der er sich unter allen seinen Kumpanen aus dem Nationalen Lager auszeichnet. Es gibt aber ein Problem, dem gegenüber Herr Stronski eine besondere Empfindlichkeit und Neigung zu einer unnötigen und am wenigsten nützlichen böswilligen Kritik zeigt. Dies betrifft die polnisch-französischen Beziehungen und seine an die Adresse der Polnischen Regierung gerichtete Verdächtigung, daß diese die Bedeutung unserer Beziehungen mit Paris nicht gehörig einschätze, ja überhaupt Antipathie gegenüber Frankreich hege.

Abgesehen von den fernsten Zeiten, da Stronski das Belvedere aus Anlaß seiner französisch-feindlichen Politik angriff, — wieviel Mal hat er die Politik Alexander Stronskis verurteilt, die ihm angeblich nicht französischfreundlich genug war. Jedoch war es vollkommen klar, daß, wenn Stronski Vocarno unterzeichnet hat, er dies gerade aus dem Grunde tat, um die polnische Politik mit der damaligen Politik Frankreichs zu harmonisieren, um Frankreich ein Experiment zu erleichtern, über dessen Wert Polen skeptisch gestimmt war. Was aber die Gespräche zwischen dem Reichskanzler und Pilski, sowie zwischen Marschall Pilsudski und Herrn von Nolke anbelangt,

so müßte die Entspannung und normale Gestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen — und dies ist der Zweck der Gespräche — der französischen Diplomatie nur genehm sein,

die einerseits die Lösung der gegenwärtigen Spannung in Europa nicht auf dem Wege eines Präventivkrieges, sondern auf dem Wege einheitlicher Verträge wünscht, sich andererseits aber darüber klar ist, daß die Kosten der Beseitigung der Ursachen dieser Spannung nicht Polen tragen kann, dessen Waffen und Kraft die unentbehrliche Bedingung der Großmachstellung Frankreichs selbst sind. Ein Frankreich, das jemals seine Genehmigung zu einer „friedlichen“ Revision unserer Grenzen geben, das nicht das Schwert aus der Scheide zu ihrem Schutze im Falle ihrer Bedrohung ziehen würde, ein solches Frankreich ist undenkbar, denn es wäre eine Verneinung seiner großen hervorragenden tausendjährigen Tradition, ein solches Frankreich könnte dann niemals fordern, daß man seinem Worte, seiner Unterschrift vertraue. Wenn man uns jemals angreifen sollte, so könnte unser Vorkämpfer in Paris stets dem jedesmaligen Chef der französischen Regierung gegenüber die stolzen und männlichen Worte wiederholen, die der große Cambon am 2. August 1914 gegen uns Geschick geschleudert hat: „Je viens vous demander est-ce que le mot honneur existe dans le vocabulaire anglais“ (Ich möchte Sie fragen, ob das Ehrenwort im englischen Wortschatz existiert) — und wir zweifeln nicht, daß er dies mit demselben Erfolg täte.

Aber ein Polen, das in dem Bewußtsein und Glauben, Frankreich könne auch nicht einen Augenblick die Erschütterung unserer elementarsten, moralisch und rechtlich am meisten begründeten Rechte zulassen, diese Situation sich durch Erschwerung der französischen Politik zunutze machen wollte, indem es Frankreich den Stoch zwischen die Beine wirft, — ein solches Polen wäre ein schlechter Bundesgenosse und ein schlechter politischer Partner. Die polnische Diplomatie, die jeglichen Versuch einer Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland, einen Versuch, der nicht seit gestern begonnen wurde, nur eigenförmig damit beantworten wollte: „Nein, wir wollen uns mit Hitler überhaupt nicht unterhalten, wir wollen keine Verständigung mit Deutschland, da wir an dessen guten Willen nicht glauben, wir wollen nicht einmal einen Nichtangriffspakt mit Deutschland, da wir nicht daran glauben, daß Deutschland seine Unterschrift achten werde“, eine solche Diplomatie wäre

eine Angel am Bein Frankreichs,

wäre eine schädliche Diplomatie für eine polnisch-französische Zusammenarbeit und für die Frage des Friedens, ebenso schädlich, wie kurzsichtig und leichtsinnig wäre eine Politik, die zur Unterbrechung einer Entspannung mit Deutschland die polnisch-französische Freundschaft oder die guten Beziehungen Polens mit der Sowjetunion aufgeben wollte.

Daß die Feststellung in der Unterredung des Reichskanzlers Hitler mit dem polnischen Gesandten, daß das Reich in den Beziehungen mit Polen auf die Anwendung von Gewalt verzichtet, in Frankreich eine Beunruhigung nicht hervorrufen kann, ist offenbar. Daß der polnische Gesandte das Recht hat, ähnliche Versicherungen von den Regierungsleitern dritter Staaten entgegenzunehmen, dürfte auch keinem Zweifel unterliegen. Daß Berlin sich bemüht, diskret zu funktionieren, daß die Unterredung Pilski-Pipki einen Riß in den polnisch-französischen Beziehungen darstelle, kann ebenfalls niemand wunder nehmen. Aber wundern kann man sich darüber, daß einige bedeutende französische Publizisten auf dieses Berliner Märchen hineingefallen sind. Noch wunderbarer ist es, daß einer der bekanntesten polnischen Publizisten, der sich tagtäglich in einigen Zeitungen vernehmen läßt, statt unsere französischen Freunde darüber aufzuklären, daß sie eine übermäßige, wenn auch sicher im besten Glauben bezogene Nervosität an den Tag legen, statt sie daran zu erinnern, daß Herr Beck unverzüglich nach dem 15. November dem französischen Vorkämpfer alle gehörigen Informationen gab, daß überhaupt der Kontakt zwischen dem Duai d'Orsay und der Wersboma-Strasse ungewöhnlich fest ist, daß derselbe Herr Beck vor kaum zwei Monaten besonders feierlich durch Frankreich mit der großen Schleife der Ehrenlegion ausgezeichnet wurde, daß schließlich Herr Pipki selbst nicht allein in Polen, sondern auch im Auslande von seinem vollen Verständnis her bekannt ist, daß er stets gezeigt hat und zeigt für die Bedeutung einer engen polnisch-französischen Zusammenarbeit, daß eine Woche nach Herrn

Pipki auch der Vorkämpfer Francois Poncet unter vier Augen mit dem Reichskanzler Hitler konferiert hat, —

daß statt dessen dieser hervorragende Publizist leichte Kritiken der französischen Presse treibt und auf der großen Trommel der „Isolierung“ Alarm schlägt.

Dies ist nicht gut, denn dadurch wird es erschwert, manchem französischen Publizisten die reine Wahrheit zu erklären, daß die deutsch-polnische Verständigung niemals als ein französisch-feindlicher Schritt angesehen werden kann, nicht gut, denn es ruft in Berlin den vollkommen irrigen Eindruck hervor, daß es ungeheuer leicht sei, die polnisch-französischen Beziehungen zu verderben, nicht gut, denn in Paris selbst werden durch einen solchen Schritt die Zweifel über die polnischen Intentionen, um das Sonderfache vergrößert, sofern sie jemand überhaupt selbst hat, nicht gut, denn in anderen Ländern und besonders in England verdunkelt eine derartige Behandlung der Frage das wahre Verhältnis zwischen den beiden Kontrahenten Polen und Frankreich, nicht gut schließlich, denn das endgültige Urteil in Sachen unserer Außenpolitik Herrn Verne, Durr oder Bertinax zu überlassen, reizt nur unnötig unser eigenes Gefühl der nationalen Würde und ruft eine Reaktion hervor, die einer günstigen beiderseitigen Entwicklung der Freundschaft, Achtung und des Vertrauens in den polnisch-französischen Beziehungen nur schaden kann.

## Die Unterhaltungen mit Deutschland.

Unter diesem Titel lesen wir im Zeitartikel des „Kurjer Poznański“ vom 7. d. M. u. a. folgendes:

Die heutige Zeit wird charakterisiert durch Unterhaltungen der Staaten zu zweien und unter vier Augen. Es ist dies die Reaktion auf die zweijährigen kollektiven Diskussionen auf der Abrüstungskonferenz. Die Welt hat das internationale Gerede satt. Aber sie ist weit entfernt, von einer Begeisterung für die sogenannten zweijährigen Gespräche. Frankreich hat sich mit den letzteren einverstanden erklärt, aber mit einer ganzen Reihe von Vorbehalten. Es erklärte in erster Linie,

daß es an Zugeständnisse an Deutschland in der Frage des Saargebietes nicht denke,

wofür heute das Reich sich besonders interessiere. Die deutsch-französischen Unterhaltungen haben nach französischer Auffassung den Zweck, Deutschland zum Völkerbund zurückzuführen. Nach den Unterhaltungen unter vier Augen sollen sich alle wieder in Genf vereinigen, um die einzelnen Abmachungen zu einem Ganzen zu vereinigen. Die französische Presse betrachtet die Unterhaltungen in Berlin als eine gewisse Notwendigkeit. Sie hat aber kein Vertrauen dazu und weiß auch nicht recht, was sie für einen positiven Zweck haben sollen. Wenn Frankreich sich mit den Verhandlungen mit der Hitler-Regierung einverstanden erklärte, so geschah dies deswegen, um die Vermittler in den deutsch-französischen Beziehungen loszuwerden. Diese Vermittler waren England und Italien. Ihr Verfahren bestand darin, daß sie einerseits Deutschland zu seinen Ansprüchen anregten und andererseits auf Frankreich einen Druck ausübten. Dadurch kam es zu einem Kompromiß auf Kosten Frankreichs. Den Nutzen aus den französischen Zugeständnissen zog indessen nicht Frankreich, sondern die Vermittler, die sich die Dankbarkeit Deutsch-

## Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Senders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

„Beilage Nr. 100.“ Wir wissen nicht, ob wir Sie richtig verstehen; wir nehmen an, daß Ihr verstorbenen Vater seine Frau, d. h. Ihre Mutter, als Erbin eingesetzt hat und seine Kinder, d. h. Sie und Ihre Geschwister, als Nachbarn. Wenn nun Ihre Mutter Ihnen das Grundstück überläßt, so bedarf sie dazu der Zustimmung aller Nachbarn, und da einige der Nachbarn noch minderjährig sind, so tritt für diese naturgemäß das Vormundschaftsgericht ein. Dazu ist das Vormundschaftsgericht nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet. Ob aber die Sicherung der minderjährigen Nachbarn durch Eintragung einer Hypothek notwendig ist, erscheint uns fraglich, da diese Minderjährigen doch durch das Testament ihres Großvaters resp. durch die Grundbucheintragung zu Gunsten ihrer Mutter hinreichend gesichert sind. Den Nachtrag zu dem Überlassungsvertrag — d. h. zu dem Vertrag zwischen Ihrer Mutter und Ihnen — brauchen Sie ja nicht anzunehmen, zumal darin den Minderjährigen Rechte zugesprochen werden, die sich aus dem für sie maßgebenden Testament ihres Großvaters nicht ableiten lassen. Sie treten erst in die Rechte der Nachbarn ein nach dem Tode der Großmutter und können diese Rechte nicht früher geltend machen. Haben Sie aber den Nachtragsvertrag unterzeichnet, dann müssen Sie ihn auch erfüllen, es sei denn, daß alle Beteiligten mit Ihrem Nachtritt einverstanden sind. Ist in keinem der beiden Verträge von einer Eintragung der Erbanteile der Minderjährigen die Rede, dann kann Ihre Mutter als eingetragene Eigentümerin die Eintragung ablehnen unter Hinweis darauf, daß die Eintragung zu Gunsten der Mutter der Minderjährigen zur Sicherung der letzteren genügt. Bleibt aber der zweite Vertrag in Kraft, dann können Sie auf Grund desselben gezwungen werden, den jetzigen Minderjährigen bei Eintritt ihrer Volljährigkeit ihr Erbteil auszuzahlen. Wenn Sie voreilig auf die Aufklärung verzichten, so haben Sie nichts gewonnen sondern halten nur den Schwerebuckel aufrecht. Für Sie muß es aber wichtig sein, Ihre Verhältnisse zu schaffen. Vielleicht ist der Ihnen resp. Ihrer Mutter angebotene Prozeß wegen der Eintragung der geeignete Weg dazu.

„Zusatz Nr. 100.“ Sie würden die dritte Kategorie anmelden müssen. Natürlich müssen Sie einen Gewerbeschein haben, der gleich bezahlt werden muß. Er kostet für die dritte Kategorie und für Ihren Ort 25 Mark.

E. J. Solde Sachen macht Ihnen jeder Fehler, wenn Sie ihm die fraglichen Gegenstände beschreiben oder ihm ein Muster geben. Das ist doch viel einfacher, als wenn Sie sich die fraglichen Sachen erst von irgend woher verschreiben müßten, was unnütz Porto oder Fracht kosten würde.

M. M. in M. Wir halten die fragliche Passkarte für vollkommen sicher, da für deren Verfertigung der ganze Kreis aufgenommen muß. Lassen Sie sich doch nach und nach Teile Ihres Outfahens ausgeben.

„Schleierei.“ Es handelt sich um zwei getrennte selbständige Betriebe, die auch technisch selbstverständlich getrennt behandelt werden. Es muß also jeder Betrieb eine Umsatzsteuer bezahlen und zwar auf Grund der Verordnung des Finanzministers vom 4. Februar 1932 in Form eines Kaufabwertes, der etwa 20 Prozent ausmacht; nämlich 10 Prozent für den Staat und 10 Prozent Zuschlag und dann noch einen Kommunalzuschlag, der etwa soviel betragen dürfte, daß im Ganzen wie gesagt etwa 20 Prozent herauskommen. Vorausgesetzt ist, daß jeder Unternehmer nur eine gemietete Hilfskraft hat.

lands sicherten. Sie spornten auch Deutschland zu neuen Forderungen an. Von diesem diplomatischen Spiel ist die Geschichte des Nachkriegs-Europas voll.

Gegenwärtig will Frankreich selbst mit Deutschland reden.

Allerdings hat England durch den Mund Sir Simons von neuem seine Dienste als Vermittler angeboten, aber sie werden in Paris nicht angenommen. Und in Rom fühlte man sich durch das französische Vorgehen direkt verletzt. Man erklärte dort, daß die zweijährigen Verhandlungen zu nichts führten, und daß nur eine Diskussion im Rahmen des Briere-Paktes unter Teilnahme Italiens zu einer Klärung der Lage führen könne.

Die italienische Politik eröffnet bereits vor Deutschland neue Perspektiven, nämlich die Revision des Völkerbunds-Paktes. Diese würde dahingehen, daß an der Spitze des Völkerbundes nur die Großmächte ständen, daß die Einmütigkeit in den Beschlüssen der Genfer Institution aufgehoben würde, und daß auch der Artikel 19 des Völkerbunds-Paktes einer Revision unterzogen würde, der von der Abänderung der Verträge spricht. Es wäre also eine Einmütigkeit zur Fassung der entsprechenden Beschlüsse in Genf nicht mehr nötig. Zu einem so reformierten Völkerbund wäre Deutschland nach Ansicht Italiens bereit, zurückzukehren, und es würde auch in der Frage der Abrüstung zu Zugeständnissen bereit sein. Mit einem Worte:

es bereitet sich ein Handelsgeschäft zwischen dem Völkerbund-Pakt und der kommenden Konvention in Sachen der Abrüstung vor.

Dieses Handelsgeschäft kann dem Genfer Institut und der Abrüstung den Garau machen. Daß dieses Spiel riskant ist, davon zeugen verschiedene hereditäre Tatsachen. In erster Linie die große Verhandlung im englischen Parlament über die Vermehrung der Lufttruppe. Die Englische Regierung stellte im Parlament fest, daß England in der Lufttruppe an fünfter Stelle stehe. Frankreich besitze 1650 Flugzeuge und England 850. England habe aufgehört, eine Insel zu sein. Es kann auf die leichteste Weise aus der Luft angegriffen werden, und wenn London zerstört würde, bricht alles Leben im Lande zusammen. Daher der entschiedene Widerstand Englands gegen die Erteilung des Rechtes an Deutschland zur Entwicklung seiner Flugtruppe, daher seine große Beunruhigung wegen der Aktion des Luftfahrministers Göring. (Also vor Deutschland haben die Engländer Angst, das bekanntlich keine Luftwaffe besitzt, aber die 1800 französischen Bombenflugzeuge, die in einer Stunde über London sein können, beunruhigen sie ganz und gar nicht. Seltsam, sehr seltsam. D. R.) Entweder beschränken die anderen Länder ihre Luftwehr auf das englische Niveau, oder England rüstet zur Höhe des Landes auf, das die beste Lufttruppe hat. Das ist der offizielle englische Standpunkt.

Gleichzeitig hat im belgischen Parlament eine ähnliche Rundgebung stattgefunden. Die Regierung und alle Parteien einschließlich der Sozialisten haben sich für eine sehr entschiedene Haltung gegenüber Deutschland, für die Vollendung der Grenzbefestigungen und für eine enge Zusammenarbeit mit Frankreich erklärt. Wir verzeichnen diese Sachen nicht aus Furcht. Wir haben immer behauptet, daß der Friede erst dann gesichert sein werde, wenn die Menschen nüchtern das betrachten, was geschieht. Jedenfalls ist es gut, sich zu sagen, daß die Westmächte mit Berlin unterhandeln und mehr oder minder glücklich diplomatisch vorgehen, daß sie aber gleichzeitig sich nach innen und außen stärken und die Öffentlichkeit herabigen durch feierlich gegebene Beweise, daß sie an die Sicherheit des Landes denken. Das ist zweifellos ein wichtiger Fingerzeig für Polen, das gleichfalls mit Deutschland verhandelt.

## Rundfunk-Programm.

Mittwoch, den 13. Dezember.

Deutschlandsender.

06.35: Konzert. 09.40: Neumann-Neurode: Kindergymnastik. 10.10: Konzert. 11.30: Stunde der deutschen Hausfrau. 12.00 ca.: Schallplatten. 14.00: Schallplatten. 14.35: Kinderstunde. 14.55: Kinderliteratur. 15.45: Räuber auf Reisen. 16.00: Konzert. 17.00: Klinik der Lampenprojektor. 17.25: Zur Unterhaltung. „Geistliche Lesestunde“ mit Maria Key. 18.00: Das Gedicht. Anst.: Orgelkonzert. 18.30: Deutsch für Deutsche. 19.00: Stunde der Nation. Mozarthunde. Karl Mittenpart mit seinem Kammerorchester. 20.00: Kernspruch. Anst.: Dr. Gunkel, stellvertretender Präsident des Verbandes der deutschen Wirtschaft: Deutsche Weihnacht — Deutsche Waren (I). 20.10: Schlepper, Segler und Barkassen. Die Sinfonie der Schiffahrt. 21.20: So lange man früher an der schönen grünen See. Kapelle Otto Kermisch. 22.00: Nachrichten. 22.30: Funktechnik. 22.45: Seewetterbericht. 23.00 bis 24.00: Zur Unterhaltung.

Breslau-Gleiwitz.

06.45: Konzert. 07.25: Konzert. 12.00: Konzert. 17.30: Nordische Kultur. 17.50: Hausmusik. 18.10: Landwirtschaftlicher Preisbericht. Anst.: Arthur Steinborn: Fernschreiben, die ideale Nachrichtenübermittlung der Zukunft. 18.25: Zeitdienst. 19.00: Stunde der Nation. Vom Deutschlandsender: Mozarthunde. 20.10: „Die Flucht in die Heimat“. 21.10: Österreichische Volksmusik. 22.30—24.00: Nachtmusik.

Königsberg-Danzig.

06.35: Konzert. 09.05: Schulfunkstunde. 11.05: Zwischen Land und Stadt. 11.30: Konzert. 12.00—13.30: Von London: „Staatslicher Rundfunkdienst für Indien“. 13.45—14.30: Schallplatten. 15.30: Kinderfunk. 16.00: Konzert. 17.30: Schumann: Streichquartett A-moll, Werk 41, Nr. 1. 19.00: Stunde der Nation: Vom Deutschlandsender: Mozarthunde. 20.05: Von Berlin: Weihnachtslied. 21.00: Von Berlin: Anton Bruckner: 2. Sinfonie A-moll. 22.00: Nachrichten. 22.30—24.00: Tanzmusik (Schallplatten).

Leipzig.

06.45: Konzert. 07.25: Konzert. 12.00: Konzert. 13.25: Meister des Gesanges (Schallplatten). 14.10: Sage vom Snorri. 14.50: Jugendschach. 16.00: Deutsche Meister zweier Jahrhunderte. 17.30: Nordische Kultur. 17.50: Zu Unrecht unbekannt. 19.00: E. Deutschlandsender. 20.10: Die Nacht in die Freiheit. 22.30: Nachtmusik.

München.

12.05—13.00: Salonmusik. 15.40: Duette für Sopran und Kontralt. 16.55: Kompositionen für Oboe und Klavier. 17.15: Klavier-vortrag. 18.20: Schallplatten. 20.15: Konzert der Gesellschaft der Freunde alter Musik. Aus dem Konservatorium. Kammerorchester. Solisten: Symeonowa, Gesang: Dolewska, Klavier: und Korgenski, Orgel, Dir.: Dymka. 22.30: Tanzmusik. 23.05: Tanzmusik (Fortsetzung).



